

Paed. Th.

370.

Paed. Th.

370

Beeger

ENTWURF
EINES
SCHULGESETZES

FÜR DAS KÖNIGREICH PREUSSEN

VON
JULIUS BEEGER.

GEKRÖNTE PREISSCHRIFT.

LEIPZIG.
VERLAG VON J. G. FINDEL.
1877.

ENTWURF

1877

SEHULGEGESZTES

FÜR DAS KÖNIGREICH PREUSSEN



GERÜCKT BEI DER KÖNIGLICHEN BUCHDRUCKERIE IN BERLIN

LEIPZIG

VERLAG VON F. V. KIEDEL

1877

Motto:

Men på de gröna kullar styrer Balder då
nyfödda Asar och en renad menskoätt;
och runetaflorna af guld, som tappats bort,
i tidens morgon, hittas uti gräset då
på Idavallen af försonta Valhalls barn.

(Dann von den grünen Höhn beherrscht der weisse Gott
die neuen Asen und der Menschen rein Geschlecht.
Die goldnen Runentafeln, die verloren einst
im Zeitenmorgen, werden aufgefunden dann
von Walhallskindern in dem Gras von Idawall).

Tegnér.

Monat:

Also ist die ganze Reihe dieser Bilder die
sich auf den 12. und 13. April bezieht.
und die in der ersten Reihe zu sehen sind.
sind die in der zweiten Reihe zu sehen sind.
und die in der dritten Reihe zu sehen sind.

(Hier ist die Reihe der Bilder, die in der ersten Reihe zu sehen sind.
die in der zweiten Reihe zu sehen sind.
die in der dritten Reihe zu sehen sind.
die in der vierten Reihe zu sehen sind.
die in der fünften Reihe zu sehen sind.)

Tafel:

VORWORT.

Der vorliegende Entwurf eines Schulgesetzes für das Königreich Preussen verdankt seine Entstehung einem Preisausschreiben des Vereins für Reform der Schule zu Berlin. Bei der Prämiiirung wurden mir von Seiten der Preisrichter einige Wünsche auf Abänderung dieser oder jener Gesetzesstelle kundgegeben, denen sich andere anschlossen, die mir auf mein Ersuchen der Berliner Bezirksverband des deutschen Lehrervereins als das Resultat seiner Berathungen zugehen liess. Ich würde diesen Kundgebungen gern und in vollem Umfange entsprochen haben — wäre es bei differirenden Meinungen auch nur in Gestalt von Anmerkungen gewesen —, wenn mich nicht kleine Leiden während des verwichenen Sommers von den gewohnten Arbeiten vielfach abgehalten hätten. Ich habe mich aus diesem Grunde darauf beschränken müssen, in einigen Prinzipfragen, namentlich da, wo es sich um den Religionsunterricht in der Schule, um die Verwendung von weiblichen Lehrkräften in derselben und um den Anstellungsmodus der Lehrer handelte, Aenderungen vorzunehmen; dagegen habe ich einige Ausstellungen von minderer Wichtigkeit unberücksichtigt lassen müssen. Dahin rechne ich in erster Linie das allerdings nicht ganz unberechtigte Verlangen, verschiedenes, was jetzt in dem Gesetze Platz gefunden hat, aus diesem zu entfernen und auf den Weg der Verordnung zu verweisen, obwohl ich andererseits der Meinung bin, dass es dem konstitutionellen Staate am besten entspricht, wenn das Gesetz möglichst alles erschöpft und dadurch der Verordnung (und damit zugleich dem ministeriellen Ermessen) möglichst wenig Raum lässt. (Die antiken Meister der Gesetzgebung, die Römer, wussten

bekanntlich von dem Zwitterdinge der Verordnungen nichts.) Ich habe ferner einige Gruppen, für die ich nur die Ueberschriften gegeben habe, die ich aber gern noch ausgeführt hätte, insbesondere die §§ 12, 22—24, 33—41, 55 und 56 unausgeführt lassen müssen. Endlich habe ich auch den Motiven die Ausführlichkeit nicht geben können, welche meiner ursprünglichen Absicht entsprochen hätte; in der Form, wie sie hier mitgetheilt sind, beanspruchen sie nichts weiter zu sein, als Skizzen für etwanige Motive.

Trotz dieser vielfachen Mängel hoffe ich gleichwohl, dass mein Entwurf mit einigem Nutzen bei einer zukünftigen Schulgesetzgebung zu gebrauchen sein wird, einmal, weil er den Boden thatsächlicher Lebensverhältnisse nie unter den Füßen verliert, sondern überall mit den gegebenen Faktoren rechnet, und andererseits, weil er das Meiste von dem, was der deutschen Lehrerwelt und den Freunden der Schule in der neueren Zeit als ideal und erstrebenswerth vorschwebte, in seine Bestimmungen aufgenommen hat.

Schliesslich will ich nicht unerwähnt lassen, dass ich einige Sätze, etwa drei oder vier, bereits vorhandenen Gesetzen oder Gesetzentwürfen entlehnt habe.

Leipzig, den 19. Oktober 1876.

Der Verfasser.

INHALT.

	Seite
I. Abschnitt: Wesen und Aufgabe der Schule	1
II. „ Eintheilung der Schule im allgemeinen und der Volks- schule im besonderen	4
III. „ Begrenzung des Unterrichtsstoffes und Vertheilung desselben auf die einzelnen Schuljahre und Stunden	11
IV. „ Hilfsmittel	19
V. „ Innere Schulverwaltung. A. Sachlich	22
VI. „ „ „ B. Persönlich. (Pflichten der Lehrer.)	33
VII. „ Rechte der Lehrer	37
VIII. „ Stellung der Eltern zur Schule	41
IX. „ Aeussere Schulverwaltung im allgemeinen	44
X. „ Schulverwaltung der Gemeinden und Bezirke	48
XI. „ Schulregiment.	55
XII. „ Lehrerkonferenzen, Vereine, Synoden	59
Anhang: Seminargesetz	62
Skizzen zu Motiven	63

INHALT

I. Abschnitt: Ueber den Zweck der Arbeit	1
II. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	11
III. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	111
IV. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	117
V. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	121
VI. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	125
VII. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	129
VIII. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	133
IX. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	137
X. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	141
XI. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	145
XII. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	149
XIII. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	153
XIV. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	157
XV. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	161
XVI. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	165
XVII. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	169
XVIII. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	173
XIX. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	177
XX. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	181
XXI. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	185
XXII. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	189
XXIII. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	193
XXIV. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	197
XXV. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	201
XXVI. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	205
XXVII. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	209
XXVIII. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	213
XXIX. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	217
XXX. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	221
XXXI. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	225
XXXII. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	229
XXXIII. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	233
XXXIV. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	237
XXXV. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	241
XXXVI. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	245
XXXVII. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	249
XXXVIII. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	253
XXXIX. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	257
XL. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	261
XLI. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	265
XLII. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	269
XLIII. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	273
XLIV. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	277
XLV. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	281
XLVI. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	285
XLVII. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	289
XLVIII. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	293
XLIX. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	297
L. Abschnitt: Ueber die Bedeutung der Arbeit	301

ERSTER ABSCHNITT.

Wesen und Aufgabe der Schule.

A. Summarisch.

§ 1.

Die Schule ist diejenige Anstalt, welche die von Natur dem Vaterhause zugewiesene erziehliche Thätigkeit auszuführen, beziehentlich zu berichtigen und zu vollenden hat.

Sie hat die Aufgabe, den jungen Menschen während seiner natürlichen Entwicklungszeit zu harmonischer Ausbildung aller Körper- und Geisteskräfte zu führen,

und dies zu dem Ende, ihm die Fähigkeit zu verleihen, die realen und idealen Zwecke des Lebens zu erreichen.

§ 2.

Zur Erreichung der realen Lebenszwecke sind dem in der Entwicklung begriffenen Menschen diejenigen Kräfte, Fähigkeiten und Kenntnisse anzueignen und in ihm auszubilden, welche ihn in den Stand setzen, ohne wesentliche Unterstützung anderer das physische Leben möglichst ungestört und vollkommen zu führen.

Zur Erreichung der idealen Lebenszwecke ist in ihm Verständniss für die in dem menschlichen Geiste begründeten intellektuellen und ethischen Bildungsziele und das Verlangen zu erwecken, sich zu denselben zu erheben.

Niedere und höhere, allgemeine und besondere Aufgabe.

§ 3.

Die gesammte Aufgabe der Schule zerfällt in eine allgemeine oder Menschen- und in eine besondere oder Fachbildung, jene wieder in eine niedere und eine höhere Stufe.

Die allgemeine Bildung der niederen Sphäre begreift das, was jedem Menschen zu wissen noth thut; sie zu ertheilen ist Aufgabe der allgemeinen oder Volksschule.

Die höhere allgemeine und die besondere Fachbildung dienen einer höheren Geistesentwicklung und sollen daher nur befähigteren Schülern der Volksschule zugänglich sein. Ihr dienen die höheren und höchsten Lehranstalten und die Fachschulen.

B. Einzelaufgaben.

I. Obligatorische.

§ 4.

Hiernach fallen der Schule folgende Einzelaufgaben zu:

a. Zum Behufe einer gesunden Körperentwicklung des Schülers:

aa. Ausbildung des Körpers, um demselben Kraft und Gewandtheit zu verleihen (Turnen, Spiele, Waffenübungen);

bb. Fernhaltung aller gesundheitswidrigen Einflüsse (zweckmässig eingerichtete, mit Lehnen versehene Bänke, — angemessenes Sitzen, insbesondere beim Lesen, Schreiben und Zeichnen, — gute Anlage der Zimmer, insbesondere ausreichende Ventilation, — Beschaffung von Spielplätzen, — Nichtüberlastung mit Unterricht und Arbeit: praktische Gesundheitspflege);

cc. Mittheilung der Bedingungen eines gesunden Körpers (Diätetik, theoretische Gesundheitspflege).

§ 5.

b. Zum Behufe der künftigen Erwerbsfähigkeit des Schülers:

aa. Uebung im Gebrauche der Sinne und Entwicklung der intellektuellen Kräfte;

bb. Aneignung derjenigen Fertigkeiten, welche zur Erlernung eines Berufes und Führung einer Hauswirthschaft erforderlich sind (Lesen, Schreiben, Rechnen, Zeichnen, deutscher Stil);

cc. Kenntniss der Dinge in der Natur und der wichtigsten Naturgesetze;

dd. Kenntniss des Vaterlandes, Ueberblick über Europa und die ganze Erde;

ee. Kenntniss der wichtigsten Gesetze des wirthschaftlichen Lebens.

§ 6.

c. Zum Behufe der sittlichen und Charakterbildung des Schülers: Unterweisung in den Pflichten

aa. als Einzelmensch (Pflicht der Selbsterhaltung, Fleiss, Ordnungsliebe, Sparsamkeit u. s. w.),

bb. als Familienglied (Familienliebe, Gehorsam, Dankbarkeit, Aufopferung u. s. w.),

cc. als Staats- und Gemeindebürger (Einblick in die Verhältnisse und Gesetze des Staats- und Gemeindelebens, Kenntniss der vaterländischen Geschichte, Aneignung von Vaterlandsliebe, Wehrhaftigkeit, Mannesmuth u. s. w.),

dd. als Mensch und Weltbürger (allgemeine Menschenliebe, Gerechtigkeit, Wahrhaftigkeit, Uneigennützigkeit, Ehrenhaftigkeit u. s. w.).

§ 7.

d. Zum Behufe der Gemüths-, der ästhetischen und der religiösen Bildung:

aa. Pflege einer solchen Gemüthsstimmung im Schüler, dass dieser sowohl sich selbst glücklich fühlt, als auch beglückend auf andere einwirkt;

bb. Bekanntschaft mit den schönsten Gebilden der Natur und Kunst, unter letzteren namentlich mit denen der deutschen Literatur und der Volksmelodien, Bildung des Sinnes für schöne Formen durch den Schreib- und Zeichenunterricht, (beziehentlich durch den Unterricht in weiblichen Handarbeiten) u. s. w.

cc. Unterricht in den verschiedenen Religionen und Konfessionen der Kulturvölker theils durch Mittheilung der geschichtlichen Entwicklung jener Religionen, theils durch Darstellung des dogmatisch-zeremoniellen Inhalts, jedoch mit Fernhaltung alles eigentlichen konfessionellen Religionsunterrichtes.

Die Erziehung nach den in §§ 4—7 mitgetheilten Seiten hin und der Unterricht in den daselbst genannten Fächern ist für jeden vollsinnigen, gesunden Schüler obligatorisch.

II. Fakultative.

§ 8.

Wünscht eine grössere Anzahl von Eltern oder die ganze Schulgemeinde einen besonderen allgemeinen oder konfessionellen Religionsunterricht, so ist — dafern ihr entsprechende Lehr-

kräfte zur Verfügung stehen, und nur so weit, als dadurch der andere Unterricht nicht beschränkt wird*) — für die letzten zwei Jahre der Volksschule der gewünschte Unterricht einzurichten.

Ebenso soll es nachgelassen sein, in vielklassigen Schulen für besonders befähigte und fleissige Kinder in den letzten 2 oder 3 Jahren der Volksschule den Unterricht in einer fremden Sprache in den Lehrplan aufzunehmen.

Da, wo nicht ausreichende Gelegenheit zur Erlernung der weiblichen Handarbeiten geboten ist, soll es auch gestattet sein, dem Unterrichte der Volksschuloberklassen der Mädchen einige Stunden dieses Lehrzweiges zuzutheilen.

Zum Besuche dieser Unterrichtsfächer sind nur diejenigen Kinder und zwar jedesmal auf die Zeit eines Schuljahres verbunden, welche am Anfange desselben durch ihre Eltern dafür angemeldet worden sind.

Höhere und Fachbildung.

§ 9.

Auf den höheren Unterrichtsanstalten treten zu den Lehrgegenständen der Volksschule, die ihrer Mehrheit nach weitergeführt werden, einige neue Fächer, namentlich aus dem Bereiche der Mathematik und der Sprachwissenschaften, hinzu, während die Fachschulen und die Hochschulen der Ausbildung in gewerblichen, künstlerischen und wissenschaftlichen Fächern vorzugsweise oder ausschliesslich ihre Aufmerksamkeit zuwenden (s. unten §§ 25—41).

ZWEITER ABSCHNITT.

Eintheilung der Schule im allgemeinen und der Volksschule im besonderen.

§ 10.

Die Schule bildet sowohl durch ihre Aufgabe, wie auch in ihrer inneren und äusseren Verwaltung einen einheitlichen, vom Kindergarten bis zur Hochschule hinauf zusammenhängenden, mehrfach gegliederten Organismus.

*) Die zweite Hälfte des eingeschobenen Satzes ist auf den Wunsch der Preiskommission eingefügt worden.

§ 11.

Der allgemeinen Bildung dienen auf der niederen Stufe
der Kindergarten,
die Volksschule,
die Fortbildungsschule und
die Anstalten für viersinnige und schwachbegabte
Kinder,
auf der höheren Stufe
das Gymnasium,
das Realgymnasium und
die Realschule,
der Fachbildung
die Handelsschule,
die Gewerbeschulen,
die polytechnischen Schulen und Hochschulen,
die Kunstschulen,
die Forst- und landwirthschaftlichen Lehranstalten,
das Lehrerseminar,
die Militärbildungsanstalten und
die Bergakademie,
beiden Seiten der Bildung
die Universität.

A. Bildungsanstalten der niederen Stufe.

1. Der Kindergarten.

§ 12.

.

2. Die Volksschule.

§ 13.

Die Volksschule ist bestimmt, alle Kinder zwischen dem 7. und 14. Lebensjahre („schulpflichtiges Alter“, vgl. § 63) aufzunehmen. Ausgenommen sind diejenigen, welche wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen in besonderen Schulen (§§ 22—24 und 64) unterzubringen, oder welche überhaupt nicht aufnahmefähig sind, und endlich diejenigen, welche nach vollendetem 12. Lebensjahre Aufnahme in eine höhere Lehranstalt gefunden haben (vgl. § 27). Ein früherer Eintritt in eine solche ist nicht zulässig.

§ 14.

Auf dem Gebiete der allgemeinen Volksschule giebt es kein Minimum und Maximum der Bildung. Kein Kind soll mehr Unterricht empfangen, als es seine gesunde körperliche und geistige Entwicklung zulässt; andererseits soll ihm aber auch der Unterricht nicht vorenthalten bleiben, den seine Entwicklungsfähigkeit erheischt.

§ 15.

Aus diesem Grunde ist die Volksschule berechtigt, von allen Kindern, welche ihr angehören, soviel Zeit in Anspruch zu nehmen, als sie zur Erreichung ihrer Ziele bedarf.

Die Eltern und Pfleger der Kinder (vgl. § 102) sind deshalb gehalten, diese letzteren in der angegebenen Zeit ununterbrochen zur Schule zu schicken („Schulzwang“), ihnen die für die häuslichen Schulaufgaben (§ 76) erforderliche Zeit zu gewähren, und nur berechtigt, unter den in § 80 näher angegebenen Beschränkungen ihre Kinder auf Stunden oder Tage von der Schule zurückzuhalten.

§ 16.

Aus dem im vorigen § mitgetheilten Grunde sind auch alle Schulen, welche die Schulzeit über das in § 19 angegebene Maass hinaus verkürzen oder auf Tagesstunden verlegen, welche dem Unterrichte ungünstig sind, um dadurch Zeit für häusliche Dienste (Viehhüten u. dergl.) oder industrielle Arbeit (Hausindustrie, Fabrikarbeit) zu gewinnen, ohne alle Ausnahme unzulässig.

Dagegen soll es während der dringlichsten Erntearbeit nachgelassen sein, den Unterricht der grösseren Schüler auf die ersten Morgenstunden nach 6 Uhr zu verlegen.

§ 17.

In Gemässheit des § 14 soll es nicht gestattet sein, an einem Orte Schulen mit verschiedenen Zielen und mit einer grösseren oder geringeren Stundenzahl bei gleicher Altersstufe der Schüler einzurichten.

Ebensowenig ist es zulässig, die Kinder der verschiedenen Vermögensklassen in verschiedene Schulen (Armen-, Bürger-, höhere Bürgerschulen u. s. w.) zu vertheilen.

Für alle Kinder besteht eine und dieselbe allgemeine Volksschule.

Eltern, welche ihre Kinder dieser Schule nicht anvertrauen wollen, bleibt es unbenommen, Hauslehrer anzunehmen oder ihre

Kinder in Privatschulen zu schicken, wenn sie dabei allen vom Gesetze gestellten Forderungen (vgl. §§ 109—111) entsprechen.

§ 18.

Der einzige, zulässige Unterschied unter den Volksschulen besteht in der aus dem grösseren oder geringeren Umfange der Schulgemeinden sich mit Nothwendigkeit ergebenden grösseren oder geringeren Gliederung der Schulen.

a. Gliederung nach Altersklassen.

Als anzustrebendes Ziel der Gliederung ist die nach Jahresklassen abgestufte siebenklassige Schule (Volksschule I. Ordnung) zu betrachten.

Wo wegen Mangel an Schülern die beiden obersten Altersklassen zu einer Schulklasse vereinigt werden müssen, entsteht die sechsklassige Schule; wo auch die Schüler des 4. und 5. Schuljahres eine Klasse bilden, die fünfklassige, und wo die des 2. und 3. Schuljahres gemeinschaftlich unterrichtet werden, die vierklassige Schule (Volksschule II. Ordnung).

Durch weitere Zusammenziehung entsteht die dreiklassige Schule (Volksschule III. Ordnung).

Alle die genannten Schulen haben für alle Klassen, höchstens mit Ausnahme der Unterklassen, ganztägigen Unterricht.

Zweiklassige Schulen mit 1 Lehrer und vierklassige mit 2 Lehrern und halbtägigem Unterrichte sind Volksschulen IV. Ordnung.

b. Gliederung nach dem Geschlechte.

Knaben und Mädchen sind, namentlich in Oberklassen, möglichst zu trennen. Ueberall jedoch, wo wegen geringer Schülerzahl eine Trennung nach den Geschlechtern nur bei Verminderung der Altersklassen ausführbar wäre, ist auf jene, mit alleiniger Ausnahme der beiden letzten Schuljahre der Volksschule, zu verzichten. Dagegen sind überall, wo es wegen der hinreichenden Schülerzahl ausführbar ist, Volksschulen für Knaben und solche für Mädchen getrennt von einander einzurichten.

Stundenzahl.

§ 19.

Die Zahl der Unterrichtsstunden beträgt in den Volksschulen I. Ordnung in den Klassen von der 1. bis 7. absteigend: 30, 28, 26, 24, 22, 20, 18. In den Volksschulen II. und III. Ordnung ist

die Stundenzahl dem entsprechend abzustufen. Bei zweiklassigen Volksschulen IV. Ordnung sind der Oberklasse 18 und der Unterklasse 12 Stunden, und bei vierklassigen den Mittelklassen 16 resp. 14 Stunden zuzutheilen. Eine Vermehrung der Stundenzahl in Volksschulen IV. Ordnung durch Zusammenlegung zweier Klassen in einzelnen Unterrichtsfächern, z. B. im Singen und Turnen, ist zulässig.

3. Die Fortbildungsschule.

§ 20.

Der Fortbildungsschule gehört die aus der Volksschule entlassene Jugend, und zwar die männliche 4, die weibliche 2 Jahre an. Von dem Besuche derselben sind befreit die Schüler und Schülerinnen höherer Lehranstalten, ingleichen alle, die nachweisen können, dass sie einen entsprechenden Unterricht (nicht jedoch einen beliebigen Fachunterricht) privatim geniessen (vgl. § 109, 3. Absatz).

§ 21.

Die geringste wöchentliche Stundenzahl in einer Fortbildungsklasse beträgt 4. Der Unterricht findet in der Regel in den späteren Nachmittagsstunden, doch in den Klassen der weiblichen Jugend nicht nach 6, in denen der männlichen nicht nach 8 Uhr statt. Der Unterricht für das männliche Geschlecht wird getrennt von dem des weiblichen Geschlechtes abgehalten.

4. Schulen für viersinnige und schwachbegabte Kinder.

Die Blindenschule.

§ 22.

.....

Die Taubstummenschule.

§ 23.

.....

Schulen für Schwach- und Blödsinnige.

§ 24.

.....

B. Bildungsanstalten der höheren Stufe.

§ 25.

Die höheren Lehranstalten haben theils die Aufgabe, für solche Fächer des praktischen Lebens und für die diesem Zwecke dienenden Fachschulen vorzubereiten, welche eine höhere Bildung, als sie die allgemeine Volksschule geben kann, fordern; theils sind sie Vorbereitungsanstalten für die höchsten Stufen wissenschaftlicher und technischer Bildung.

Jenem Zwecke dienen die Realschulen, diesem die Gymnasien und Realgymnasien.

§ 26.

Neben den bestehenden höheren Schulen der genannten drei Arten für die männliche Jugend werden Anstalten ganz mit denselben Zielen für die weibliche Jugend errichtet.

§ 27.

In allen diesen Unterrichtsanstalten darf die Zahl der wöchentlichen Lehrstunden einschliesslich des Turnunterrichts in einer Klasse 32 nicht übersteigen.

Zur Aufnahme berechtigt sind solche Kinder, welche das 12. Lebensjahr vollendet und die Volksschule mit gutem Erfolge besucht haben. Ueber Letzteres wird von den Lehrern der höheren Schule auf Grund des Zeugnisses der Volksschule, beziehentlich einer besonderen Aufnahmeprüfung entschieden.

Die Realschule umfasst 4, das Gymnasium und Realgymnasium 7 Klassen, deren Ziele so abzugrenzen sind, dass das einer jeden Klasse von einem wohlbefähigten Schüler in einem Jahre erreicht werden kann.

§ 28.

Nur wer in einer dieser Anstalten auch die oberen Klassen durchlaufen und sich nicht nur sittlich wohl betragen, sondern auch wissenschaftlich das vorgeschriebene Ziel erreicht hat, erhält das Reifezeugniss der betreffenden Anstalt und erlangt mit demselben die daran geknüpften Rechte.

Dieses Zeugniss wird auch solchen Jünglingen und Jungfrauen ausgestellt, welche eine jener Anstalten zwar nicht besucht haben, aber nachzuweisen im Stande sind, dass sie bei sittlichem Wohl-

verhalten die von den genannten Anstalten als Minimum geforderten Jahre denselben Studien anderweit zugewendet haben und eine mit ihnen anzustellende Prüfung genügend bestehen.

1. Die Realschule.

§ 29.

Die Realschule tritt an die Stelle der zeitherigen Realschule II. Ordnung und höheren Bürgerschule, beziehentlich höheren Töchterschule.

Neben der Vorbereitung fürs praktische Leben bildet sie die Vorstufe für Gewerbeschulen, Handelsschulen, Forst- und landwirthschaftliche Lehranstalten, nach Befinden auch für Lehrerseminare, Kunstschulen und die zur Ausbildung von Land- und Seeoffizieren dienenden Unterrichtsanstalten.

2. Das Gymnasium und 3. das Realgymnasium.

§ 30.

Das Gymnasium, zur Unterscheidung auch Human- oder klassisches Gymnasium genannt, und das Realgymnasium dienen hinfort ausschliesslich als Vorbereitungsschulen für die höchsten Unterrichtsanstalten und zwar für Universität, polytechnische Hochschule und Bergakademie; insbesondere soll das Realgymnasium in der Regel als Vorbereitungsanstalt für die letztgenannten beiden Schulen, dagegen für die Universität das Gymnasium dienen. Doch soll Schülern mit vorzüglichen Reifezeugnissen von beiden Gymnasien die Aufnahme in jede der genannten höchsten Schulen offenstehen, mit alleiniger Ausnahme des theologischen Studiums, für welches das Reifezeugniss des Humangymnasiums erforderlich ist.

Das Gymnasium.

§ 31.

Das Gymnasium hat vorzugsweise die Geistes- oder historisch-ethischen Wissenschaften zu pflegen. Es erkennt das historische Prinzip als seine eigenthümliche Grundlage und die altklassische Bildung als einen bedeutungsvollen Theil derselben. Das Gymnasium hat in der Wahl der Behandlung der Unterrichtsstoffe, wie überhaupt in seinem inneren Schulleben mehr einer idealen Weltanschauung und den einer solchen nahestehenden Wissenschaften die Wege zu bahnen.

Das Realgymnasium.

§ 32.

Das Realgymnasium hat mehr die Natur- oder exakten Wissenschaften als Ziel im Auge. Seine Hauptfächer sind Mathematik und Naturwissenschaften, verbunden mit einer gründlichen Behandlung der französischen und englischen Literatur. Im Gegensatze zu den idealen Bestrebungen des Gymnasiums hat das Realgymnasium überall das reale Leben ins Auge zu fassen.

C. 1—8. Fachschulen.

§§ 33—40.

.

D. Universität.

§ 41.

.

DRITTER ABSCHNITT.

Begrenzung des Unterrichtsstoffs und Vertheilung desselben auf die einzelnen Schuljahre und Stunden.

A. In der Volksschule.

§ 42.

Auf jeder Klassenstufe ist der Unterricht an ein gewisses Unterrichtszentrum anzuschliessen. Streng durchzuführen ist dies in den Volksschulen I. Ordnung. In weniger gegliederten Schulen, wo also Schüler verschiedener Altersstufen gleichzeitig unterrichtet werden, sollen die Unterrichtszentren alljährlich wechseln und zwar sovielmals, als Jahrgänge in der Klasse sind, so dass es also jedem Schüler möglich wird, den ganzen Kreislauf der Jahresaufgaben zurückzulegen.

§ 43.

Keine Lektion soll eine volle Stunde dauern. In den Unterklassen sind in der Regel 25 Minuten, in den Mittel- und Oberklassen 35—45 Minuten einer Lektion zuzutheilen.

Nach jeder Lektion findet eine Pause von 5—10 Minuten statt.

§ 44.

Der Lehrer, beziehentlich das Lehrerkollegium einer Schule hat einen speziell ausgeführten Lehrplan (vgl. § 63.) auszuarbeiten und zur Genehmigung bei dem Kreisschulamte durch den Oberlehrer einzureichen.

Abstufung in der siebenklassigen Schule.

a. Unterklasse.

§ 45.

Aufgabe des 1. Schuljahres (der 7. Klasse) ist Uebung im Gebrauche der Sinne, insbesondere des Gesichts und Gehöres, und in der Auffassung und Nachbildung verschiedener Formen durch Stäbchen u. dergl., ferner mit Lineal und Griffel und endlich aus freier Hand; Anleitung zu einer guten Aussprache durch planmässige Bildung der Sprechorgane und fortgesetzten reinen Gebrauch des Hochdeutschen; Gewöhnung an Ordnung und Fleiss durch eine geregelte Thätigkeit, die an die Spiele und Beschäftigungen des Kindergartens anschliesst, aber nun schon den Charakter der Arbeit an sich trägt; Anfangsübungen im Rechnen, Lernen kindlicher Versen, insbesondere solcher, die das Naturleben zum Gegenstande haben.

(Eine Anleitung hierzu wird mitgetheilt werden).

b. Mittelklassen.

§ 46.

Im 2. Schuljahre (der 6. Klasse) ist dem Kinde das Lesen und Schreiben zu lehren, und zwar Ersteres bis zu dem Grade der Fertigkeit, dass kein Kind in die 5. Klasse übertreten darf, welches nicht sicher, wenn auch langsam, die deutsche Druckschrift lesen kann. Gleichzeitig werden die Uebungen in guter Aussprache und sprachlich korrektem Ausdrucke, ebenso im Rechnen und im Memoriren geeigneter Gedichte fortgesetzt.

Der Anschauungsunterricht umfasst alle dem Kinde zugängigen Verhältnisse des Haus- und Familienlebens; damit verbindet sich

eine kindliche, durch passende Erzählungen und Gedichte erläuterte Belehrung über die Pflichten des Kindes im Hause, insbesondere zu dem Zwecke, dem Kinde das Familienleben und die Familienangehörigen lieb und werth zu machen. Arbeiten im Garten und entsprechende im Hause werden noch fortgesetzt.

§ 47.

Dem 3. Schuljahre — der 5. Klasse — fällt die Aufgabe zu, die deutsche Rechtschreibung und Schönschreibung zum Abschluss zu bringen; ebenso hat sie das Lesen und Schreiben der lateinischen Schrift zu üben und das Rechnen, das Lesen und das Memoriren klassischer Gedichte fortzusetzen.

Der Anschauungsunterricht begreift das Leben in der Gemeinde, anknüpfend an die besonderen Verhältnisse des heimatlichen Ortes. Aus der Natur kommen einige Thiere und Pflanzen der Heimat, namentlich Hausthiere und Kulturpflanzen, zur Beschreibung, dergleichen Begriffe, wie Berg, Thal, Fluss, Feld, Wiese, Wald u. s. w., von den Erwerbsverhältnissen die hervorragendsten heimatlichen, insbesondere Landwirthschaft, einige bekannte Gewerbe, der Klein- und Markthandel; ferner Schule und Kirche, Gemeindeobrigkeit, Polizei, Gericht, Militär, Armen- und Gesundheitspflege u. s. w.

Körperliche Beschäftigungen im Garten und Hause werden nur noch in beschränktem Masse vorgenommen; an ihre Stelle treten in dieser Klasse bereits geregelte Turnübungen und zwar zunächst noch ohne Geräthe, höchstens für die Mädchen mit dem Sprungseile.

Das Verhalten des Kindes als Gemeindeglied und die Pflichten gegen den Nächsten kommen zur Besprechung.

Dem Gesangunterrichte werden von dieser Klasse an besondere Stunden zugetheilt.

Für die deutsche Kurrentschrift, die eine wesentliche Vereinfachung erheischt, wird von einer Kommission von Sachverständigen ein Musteralphabet ausgearbeitet und vom Ministerium zur Vertheilung gebracht werden.

§ 48.

Das 4. Schuljahr — die 4. Klasse — hat die Verhältnisse der weiteren Heimat und des Vaterlandes zu besprechen, ohne jedoch eine eigentliche geographische Beschreibung zu geben. Während die Erklärung topographischer Begriffe, die Beschreibung heimatlicher Naturgegenstände und vaterländischer Erwerbsthätigkeiten, insbeson-

dere aus den Gebieten des Handels und der Industrie, fortgesetzt, auch den Bildungsverhältnissen die nöthige Aufmerksamkeit geschenkt wird, sind hier vaterländische Geschichte und Sage, volksthümliche Sitte, die politischen Verhältnisse des Vaterlandes, soweit sie für dieses Lebensalter fasslich sind, und endlich vaterländische Poesie, einschliesslich des Gesanges, mit Sorgfalt zu pflegen, auch die Pflichten gegen das Vaterland darzustellen und Liebe für dasselbe zu wecken.

Die Uebungen im Rechnen, Lesen und Schönschreiben werden fortgesetzt. Die orthographischen Uebungen sind nach einem systematischen Plane vorzunehmen; doch kommen die zeither üblichen Diktate in Wegfall. Wer am Ende des 4. Schuljahres einen dem Lebensalter dieser Stufe entsprechenden erzählenden oder beschreibenden Aufsatz nicht mit Verständniss zu lesen und in der Hauptsache nach dem Gehör orthographisch richtig nachzuschreiben vermag, darf nicht in die nächste Klasse versetzt werden.

Zum mündlichen Gedankenausdrucke treten hier leichte Uebungen in schriftlichen Aufsätzen erzählender und beschreibender Art, jährlich etwa 20 an der Zahl, jeder 1 Seite lang, hinzu.

c. Oberklassen.

§ 49.

Das 5. Schuljahr — die 3. Klasse — hat als Hauptlehrgegenstand die Naturbeschreibung, zu der sich als ein besonderes Fach die Gesundheitslehre gesellt; ingleichen hat sie Haus- und Landwirtschaft systematisch zu beschreiben, auch einige der wichtigsten Gesetze für dieselbe mitzutheilen. An Stelle von 2 Lektionen der letzteren kann in Mädchenklassen Unterricht in weiblichen Arbeiten treten.

Zur Besprechung kommen die allgemeinen Menschenpflichten.

Der mündliche und schriftliche Gedankenausdruck ist durch Nachbildung geeigneter Lesestücke und durch Reproduktion kurzer Beschreibungen aus dem naturgeschichtlichen Unterrichte, ingleichen durch sorgfältige Verbesserung der stilistischen Fehler von Seiten des Schülers weiter auszubilden. Die Zahl der solchergestalt anzufertigenden und in eine Reinschrift zusammenzubringenden Arbeiten soll nicht unter 15 und nicht über 20 betragen. Alle Niederschriften, auch die im Konzepte, sind als kalligraphische Uebungen zu behandeln.

Rechnen, Singen und Turnen werden fortgesetzt; ein geordneter Unterricht im Zeichnen beginnt.

§ 50.

Im 6. Schuljahre — der 2. Klasse — ist die Geographie als Hauptgegenstand zu behandeln. Es schliessen sich daran einige geeignete Kapitel aus der Volkswirthschaftslehre.

Die Sittenlehre wird auf dieser Stufe systematisch behandelt.

Die Stillehre wird fortgesetzt, indem die schriftlichen Aufsätze schon mehr den Charakter der Nachbildungen verlassen. Die deutsche Literatur wird unter Benutzung des Lesebuches behandelt. Der Unterricht in einer fremden Sprache beginnt (oder wird fortgesetzt).

Aus der Physik werden hauptsächlich solche Kapitel ausgewählt, welche für das praktische Leben Bedeutung haben.

Gesang, Rechnen, Zeichnen und Turnen werden fortgeführt, die Geometrie beginnt. In Mädchenklassen kann an Stelle des volkswirtschaftlichen und geometrischen Unterrichts die praktische Unterweisung in weiblichen Handarbeiten fortgesetzt werden.

§ 51.

Im 7. Schuljahre — der 1. Klasse — sind Hauptlehrgegenstände Geschichte mit Anschluss von Verfassungs- und Gesetzeskunde und Religionsunterricht in der unter § 7 cc mitgetheilten Form.

An die Stilübungen, die sich hier zu freien Aufsätzen zu gestalten haben (Zahl wie in Klasse 3), schliesst sich der Unterricht in deutscher Literatur. Letzterer wiederum ist in Verbindung zu bringen mit einem Unterrichte zum Zwecke der ästhetischen Bildung.

Der fremdsprachliche Unterricht und der im Zeichnen, Rechnen und der Geometrie werden weitergeführt, ebenso bei Mädchen der Turnunterricht, an dessen Stelle bei Knaben Waffenübungen treten.

Aus der Chemie werden für's praktische Leben geeignete Kapitel, und zwar für die Knaben andere, als für die Mädchen, ausgewählt. Bei dem Unterrichte der letzteren kann auch die Verfassungs- und Gesetzeskunde wegfallen und an deren Stelle, wie an Stelle der Geometrie der fortgesetzte Unterricht in weiblichen Handarbeiten treten.

Vertheilung der Unterrichtsstunden.

§ 52.

In Volksschulen I. Ordnung soll für die Zahl der Stunden folgendes Schema gelten, das für die anderen Volksschulen entsprechend abzuändern ist.

		Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonnabend
1. Klasse	vormittags	4	3	4	4	3	4
	nachmittags	2	2	—	2	2	—
2. Klasse	vormittags	3	3	4	3	3	4
	nachmittags	2	2	—	2	2	—
3. Klasse	vormittags	3	3	3	3	3	3
	nachmittags	2	2	—	2	2	—
4. Klasse	vormittags	3	2	3	3	2	3
	nachmittags	2	2	—	2	2	—
5. Klasse	vormittags	2	2	3	2	2	3
	nachmittags	2	2	—	2	2	—
6. Klasse	vormittags	2	2	2	2	2	2
	nachmittags	2	2	—	2	2	—
7. Klasse	vormittags	2	2	2	2	2	2
	nachmittags	2	—	2	—	2	—

Dauer der Lektionen.

§ 53.

In den Volksschulen I. Ordnung sollen die Lektionen und Pausen folgende Dauer haben:

a. In den Klassen I bis V:

aa. vormittags:

Bei 3 Stunden Schule: 40 Minuten Unterricht, 5 Minuten Pause, 40 Minuten Unterricht, 10 Minuten Pause, 40 Minuten Unterricht, 5 Minuten Pause, 40 Minuten Unterricht.

Bei 4 Stunden Schule: 40 Minuten Unterricht, 5 Minuten Pause, 40 Minuten Unterricht, 10 Minuten Pause, 40 Minuten Unterricht, 5 Minuten Pause, 40 Minuten Unterricht, 15 Minuten Pause, 45 Minuten Unterricht.

bb. nachmittags:

35 Minuten Unterricht, 5 Minuten Pause, 35 Minuten Unterricht, 10 Minuten Pause, 35 Minuten Unterricht.

b. In den Klassen VI und VII:

25 Minuten Unterricht, 5 Minuten Pause, 25 Minuten Unterricht, 10 Minuten Pause, 25 Minuten Unterricht, 5 Minuten Pause, 25 Minuten Unterricht.

Vertheilung des Unterrichtsmaterials nach Lektionen.

§ 54.

Nach obigem Plane fallen auf

die 30 Stunden der I. Klasse 40 Lektionen

„ 28	„	II.	„ 38	„
„ 26	„	III.	„ 36	„
„ 24	„	IV.	„ 34	„
„ 22	„	V.	„ 32	„
„ 20	„	VI.	„ 40	„
„ 18	„	VII.	„ 36	„

Diese Lektionen sind auf die einzelnen Unterrichtsfächer in folgender Weise zu vertheilen:

I. Klasse:

10 Lektionen Geschichte,

2 „ Verfassungs- und Gesetzeskunde (resp. weibliche Handarbeiten),

5 „ Religionslehre,

3 „ deutscher Stil,

3 „ Literaturgeschichte und ästhetische Bildung,

5 „ fremde Sprache (resp. deutsche Sprache und Stil, vgl. § 8, 2. Abs.),

3 „ Chemie,

3 „ Geometrie,

2 „ Rechnen,

2 „ Zeichnen,

2 „ Waffenübungen (resp. Turnen).

II. Klasse:

10 Lektionen Geographie,

2 „ Volkswirtschaftslehre (resp. weibliche Handarbeiten),

4 „ Sittenlehre,

5	Lektionen	deutscher Stil und deutsche Literatur,
4	„	fremde Sprache (wie in Klasse I),
3	„	Physik,
2	„	Gesang,
2	„	Geometrie,
2	„	Rechnen,
2	„	Zeichnen,
2	„	Turnen.

III. Klasse:

10	Lektionen	Naturbeschreibung,
4	„	Haus- und Landwirthschaftslehre (resp. 2 Lektionen weibliche Handarbeiten),
4	„	Gesundheitslehre,
2	„	Pflichtenlehre,
6	„	deutscher Stil und deutsche Literatur (resp. 2 Lektionen fremde Sprache, s. oben),
2	„	Gesang,
4	„	Rechnen,
2	„	Zeichnen,
2	„	Turnen.

IV. Klasse:

8	Lektionen	Vaterlandskunde,
2	„	Pflichtenlehre,
6	„	Lesen und schriftlicher und mündlicher Gedankenausdruck,
4	„	Rechtschreibung,
4	„	Schönschreibung,
2	„	Gesang,
6	„	Rechnen,
2	„	Turnen.

V. Klasse:

6	Lektionen	Heimatskunde,
2	„	Pflichtenlehre,
8	„	Rechtschreibung,
4	„	Schönschreibung,
4	„	Lesen,
2	„	Gesang,
4	„	Rechnen,
4	„	technische Arbeiten,

VI. Klasse:

- 12 Lektionen Familienleben,
- 2 „ Pflichtenlehre,
- 16 „ Schreiben, Lesen, Sprechen,
- 4 „ Rechnen,
- 6 „ technische Arbeiten.

VII. Klasse:

.....

In der Fortbildungsschule.

§ 55.

.....

B. In den höheren Lehranstalten.

§ 56.

.....

VIERTER ABSCHNITT.

Hilfsmittel.

A. Lokalitäten.

Schulhaus.

§ 57.

Jede Schule muss ein lediglich für Schulzwecke bestimmtes Gebäude haben, welches nach Lage, Einrichtung und Ausstattung den Bedürfnissen des Unterrichts und der Schulerziehung und nach fachmännischem (ärztlichem) Urtheile auch der Gesundheitspflege entspricht. Bei raschem Zuwachse der Schülerzahl soll es vorübergehend gestattet sein, einzelne Klassenzimmer in gemietheten Lokalitäten unterzubringen. Ein Schulgebäude soll mehr als 10 Lehrzimmer auf keinen Fall enthalten (vgl. §§ 18 und 69).

Es ist überall darauf Bedacht zu nehmen, dass die Lehrer, in grösseren Anstalten wenigstens der 1. oder Oberlehrer und der Schuliener, freie Wohnung im Schulgebäude haben.

Die Korridore wie die Treppen müssen hell und geräumig sein, um bei ungünstigem Wetter in den Pausen den Kindern Raum zur Bewegung zu bieten.

Klassenzimmer.

§ 58.

Bei Anlage neuer Schulgebäude ist als Minimum für ein Kind ein Raum von 3,5 Kubikmetern, für eine volle Klasse von 50 Kindern also ein solcher von 175 Kubikmetern anzunehmen. Jedoch dürfte sich empfehlen, den Raum für ein Kind bis auf 5 Kubikmeter zu erweitern und einem vortheilhaft eingerichteten Schulzimmer folgende Ausdehnungen zu geben: 10 m. Breite, 6 m. Tiefe, 4 m. Höhe.

Die Fenster sind bei allen Neubauten nach einer Seite hin und zwar in der Regel nur nach Ost oder West, nie nach Süd zu legen.

Auf gute Ventilation und Heizung ist Bedacht zu nehmen; Luftheizung ist auf alle Fälle unzulässig.

Spielplatz und Garten.

§ 59.

Zu jedem Schulhause gehört ein freier, mit Sand bedeckter und mit schattigen Bäumen beplanzter Platz, auf dem sich in den grösseren Pausen die Schüler erholen können, und der nach Befinden auch für den Turnunterricht eingerichtet sein kann.

Ueberall, wo es angeht, insbesondere auf dem Lande, ist in der Nähe des Schulhauses auch ein Schulgarten anzulegen, in welchem die für den Unterricht erforderlichen, in der Umgegend nicht wild wachsenden Pflanzen, insbesondere die wichtigsten Kulturgewächse angebaut werden. Auch soll den Kindern hier Anleitung zu den wichtigsten Gartenarbeiten (Bestellung des Bodens, Säen, Pflanzen, Veredeln der Obstbäume u. s. w.) gegeben werden.

(Ueber die zur Benutzung des Lehrers dienenden Grundstücke und Wirthschaftsgebäude vgl. § 95.)

B. Utensilien.

Schulgeräthschaften.

§ 60.

Die zur Ausstattung der Schulzimmer erforderlichen Geräthschaften und sonstigen Gegenstände, als Lehrerpult und Stuhl, Schul-

tische, Wandtafeln, Schränke, Regale, Rouleaux, Waschbecken, Hand- und Wischtücher, Schwämme, Kreide, Tintengläser sammt Tinte u. s. w., sind in hinreichender Menge und von guter Beschaffenheit vorrätzig zu halten. Insbesondere ist den Schultischen (Subsellien) eine zweckmässige Form zu geben und sind die Bänke mit wohlkonstruirten Lehnen zu versehen.

Lehrmittel.

§ 61.

Von den Gegenständen, welche nicht sofort aus der Natur oder der Hauswirthschaft herbeigeschafft werden können, sollen für den Anschauungs- und naturkundlichen Unterricht die nöthigen Sammlungen theils durch Ankauf, theils durch Aufsuchen in der Natur angelegt werden. Diese Sammlungen sollen in guter Ordnung enthalten: Geräthschaften und Gegenstände aus der Hauswirthschaft und den hervorragendsten gewerblichen Zweigen, die wichtigsten Repräsentanten aus den verschiedenen Ordnungen und Familien der drei Naturreiche, einige physikalische Instrumente und die nöthigsten Apparate für den Unterricht in der Chemie. Ferner sollen für den geographischen Unterricht zum mindesten ein Plan der Heimat, eine Karte der heimatlichen Provinz, eine solche von Deutschland, eine von Europa und ein Erdglobus, für den Rechenunterricht Würfel oder eine Rechenmaschine, für den Leseunterricht eine Lesemaschine, für den Unterricht im Zeichnen und in der Geometrie einige Körper, für den Gesangunterricht eine Violine, für den Turnunterricht zum mindesten ein Reck, ein Barren, sowie eine Anzahl Stäbe, Seile und Hanteln und für die Waffenübungen eine Anzahl hölzerner Flinten vorhanden sein. Ferner sollen sich in dem Inventare der Schule Exemplare der Lehrbücher für die Hand des Lehrers und von diesen, wie von den nöthigen Tafeln, Schulheften, Federn u. s. w. auch soviel Vorrath vorfinden, um die Kinder aus armen Familien damit unterstützen zu können.

Es wird den Lehrern zur Pflicht gemacht, theils selbst, theils durch die Schüler die Sammlungen der Schule beständig zu vermehren und in gutem Stande zu erhalten.

Ausserdem ist auch aus guten Schriften belehrenden und unterhaltenden Inhalts eine Schulbibliothek anzulegen, aus welcher an fleissige Kinder Bücher unentgeltlich verliehen werden.

An grösseren Lehranstalten ist für die Sammlungen ein besonderes Zimmer einzurichten, auch ein Lehrer mit der Oberaufsicht

über dieselbe zu betrauen, beziehentlich dafür besonders zu honoriren oder ihm Vergünstigung bezüglich der Stundenzahl zu gewähren.

Die Verfügung über die Lehrmittel, welche an arme Kinder unentgeltlich verabreicht werden, steht dem Schulvorstande zu (§ 123).

Auswahl der Lehrmittel.

§ 62.

Die Auswahl der für die Schule anzuschaffenden Lehrmittel erfolgt durch den Bezirksschulvorstand; dagegen bleibt die Bestimmung der Bücher, Atlanten und aller sonstigen für den Handgebrauch der Kinder bestimmten, durch den Buchhandel zu beziehenden Lehrmittel dem Kreisschulamte vorbehalten. Dieses hat mindestens für alle Volksschulen derselben Ordnung im ganzen Kreise dasselbe Lehrmittel festzusetzen.

Den Lehrerkollegien der Seminare ist für ihre Uebungsschulen, ingleichen für Privatschulen den Besitzern derselben die Auswahl der zu benutzenden Bücher u. s. w. völlig freigestellt.

FÜNFTER ABSCHNITT.

Innere Schulverwaltung. A. Sachlich.

Schulplan. Lektionsplan. Wochenbuch. Versäumnisstabelle. Zensurtabelle.

§ 63.

In jeder Klasse sollen vorhanden sein

ein Schulplan,

ein Lektionsplan,

ein Wochenbuch,

eine Versäumnisstabelle und

eine Zensurtabelle.

Der Schulplan hat den Inhalt des in einem Jahre, beziehentlich in dem Kreislaufe von Jahren, welche für die betreffende Klasse bestimmt sind, zu behandelnden Unterrichts- und sonstigen Beschäftigungsmaterials übersichtlich darzustellen,

der öffentlich im Zimmer aufzuhängende Lektionsplan Unterrichtszeit und Lehrgegenstände anzugeben,

das nach Unterrichtsfächern und Wochen abzutheilende Wochenbuch die von dem Lehrer nach Ablauf jeder Woche anzufertigenden Aufzeichnungen über den im Unterrichte behandelten Lehrstoff aufzunehmen,

wie in die Versäumnisstabelle die Absenten (§ 82) und in die Zensurtabelle in die ersten Rubriken Mittheilungen über Namen, Geburtstag und Ort des Kindes, Eltern desselben und ihre Religion und Zeit der Aufnahme, in die anderen die Zensuren (§ 68) einzutragen sind.

Alle diese Pläne und Bücher sind den revidirenden Vorgesetzten unaufgefordert vorzulegen.

Die abgelaufenen Tabellen, desgleichen die Schulpläne, sobald sie wegen vorgenommener Abänderungen durch neue ersetzt werden, sind zur Aufbewahrung in das Schularchiv (§ 137) abzugeben.

Hauptbuch. Schulchronik.

§ 64.

In jeder Schule soll sich ein Hauptbuch vorfinden, welches in geordneten Rubriken über die in die Schule aufgenommenen Kinder Mittheilungen enthält, und zwar in nachstehender Reihenfolge:

1. Nummer des Schülers in der Reihenfolge der Aufnahme (s. unten), 2. Familienname des Kindes, 3. Taufnamen mit Kennzeichnung (Unterstreichung) des Rufnamens, 4. Tag und Jahr und 5. Ort der Geburt, 6. Tag der Aufnahme, 7. Mittheilungen über etwaigen früheren Schulbesuch mit Angabe der betreffenden Schule, 8. Tag des Abgangs, 9. Mittheilung über die Lebensstellung, in welche der Schüler beim Austritte aus der Volksschule übergeht, 10. Namen und 11. Stand der Eltern oder ihrer Stellvertreter.

Das Hauptbuch ist in zwei Abtheilungen, für Knaben und für Mädchen getrennt, zu führen und jede Abtheilung mit der laufenden Nummer 1 anzufangen.

Alle sonstigen für die Geschichte der Schule belangreichen Nachrichten, insbesondere über die an derselben wirkenden Lehrer, sind in einer für diesen Zweck anzulegenden Schulchronik zusammenzutragen.

Dauer des Schuljahres. Aufnahme.

§ 65.

Das Schuljahr beginnt am 1. September und endigt den 31. Juli. Aufnahme neuer Schüler findet im Jahre nur einmal und zwar zu Beginn des Schuljahres statt.

Zum Eintritt verpflichtet („schulpflichtig“) sind diejenigen Kinder, welche vor Beginn des Schuljahres, also spätestens am 31. August das 6. Lebensjahr vollendet haben. Der Bezirksschulvorstand hat — nach Befinden unter Mitwirkung der politischen Gemeinden — ein vollständiges Verzeichniss aller im Schulbezirke befindlichen, in das Schulalter eintretenden Kinder (Aufnahmeliste) anzufertigen, auch die Vertheilung derselben auf die verschiedenen Schulen nach den Schulgemeinden (§ 113), doch unter möglichster Berücksichtigung der inbezug auf die Wahl der Schule von den Eltern kundgegebenen Wünsche, vorzunehmen.

Dieses Verzeichniss hat auch diejenigen Kinder, doch mit einer darauf bezüglichen Bemerkung, aufzuführen, welche in Privatschulen aufgenommen sind oder durch Privatlehrer unterrichtet werden und darüber Zeugnisse beigebracht haben (§ 111).

§ 66.

Kinder, welche wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen zur Aufnahme noch nicht geeignet sind (vgl. § 13), sind ebenfalls, doch mit einem Vermerk über das Resultat der vom Schulvorstande zu diesem Behufe angestellten Untersuchung, namhaft zu machen.

Als zur Aufnahme nicht geeignet sind

1. diejenigen Kinder anzusehen, welche in ihrer Entwicklung so weit zurückgeblieben sind, dass der Besuch der Schule ihre weitere körperliche oder geistige Ausbildung zur Zeit noch beeinträchtigen würde, und

2. solche, bei denen wegen irgend welcher Gebrechen ein Erfolg von dem Besuche der Volksschule nicht zu verhoffen ist. Geistig schwachbegabte, ingleichen blinde und taubstumme Kinder sind also nicht ohne weiteres unter diese Kategorie zu rechnen. Finden dieselben nicht in der Volksschule Aufnahme, so ist für ihre Unterbringung in geeigneten Anstalten (§§ 22—24) Sorge zu tragen.

Alle Kinder, welcher aus irgend welchen Gründen von dem Besuche der Schule überhaupt dispensirt worden sind, sind bis zu

ihrer wirklichen Aufnahme in eine öffentliche oder Privatschule oder Anstalt, resp. bis zu ihrem vollendeten 18. Lebensjahre alljährlich in der Liste der aufzunehmenden Kinder fortzuführen.

Dauer der Schulzeit. Entlassung.

§ 67.

Jedes Kind hat die Volksschule 7 volle Jahre zu besuchen. Bei seinem Austritte muss es das 13. Lebensjahr vollendet haben oder spätestens am 31. August des laufenden Jahres vollenden.

Kinder, welche später als im 7. Lebensjahre in die Schule eingetreten sind, haben ebenfalls 7 volle Schuljahre oder mindestens so lange die Volksschule zu besuchen, bis sie den Kursus der Oberklasse zur Zufriedenheit durchlaufen haben. Für das weibliche Geschlecht hört diese Verpflichtung mit dem 16., für das männliche mit dem 18. Lebensjahre auf.

Schulzeugnisse.

§ 68.

Die aus der Volksschule entlassenen Zöglinge sind ohne weiteres der Fortbildungsschule zu überweisen (§ 20).

Jeder Zögling erhält sowohl bei seinem Austritte aus der Volksschule, wie auch aus der Fortbildungsschule kostenfrei ein mit dem Schulstempel versehenes, von dem Lehrer der betr. Anstalt gefertigtes und von dem Oberlehrer mitunterzeichnetes Schulzeugniss ausgestellt.

Umfang der Schulen.

§ 69.

Volksschulen I. Ordnung sollen in der Regel nur soviel Klassen als Klassenstufen haben. Macht sich auf einer Stufe wegen Ueberhäufung die Einrichtung einer 2. Klasse von derselben Stufe (Parallelklasse) nöthig, so soll dies so lange zulässig sein, so lange die Parallelklassen die Zahl 4 nicht übersteigen. Ist dieser Fall eingetreten, so ist zur Errichtung einer neuen Schule unverzüglich zu verschreiten.

Umfang der Klassen.

§ 70.

In der Regel soll die Zahl der Schüler in einer Unterklasse nicht über 50, in einer Oberklasse nicht über 40, in einer Fort-

bildungsklasse nicht über 30 steigen. In einzelnen Unterrichtsfächern, wie im Singen und Turnen, soll es nachgelassen sein, mehrere Klassen gemeinschaftlich zu unterrichten.

Wenn in kleinen Gemeinden, die seit einer Reihe von Jahren kein Wachsthum gezeigt, und bei denen auch keinerlei Verhältnisse darauf schliessen lassen, dass ein solches in nächster Zukunft eintreten werde, die Schülerzahl in den Unterklassen auf 60, in den Oberklassen auf 50 steigt, so soll von Errichtung neuer Klassen noch abgesehen werden. Werden aber auch diese Zahlen überschritten, so ist mit der Errichtung neuer Klassen oder Schulen und Vermehrung der Lehrkräfte nicht länger Anstand zu nehmen.

Schulprüfungen. Zensuren.

§ 71.

Schulprüfungen in der zeither üblichen Weise finden nicht ferner statt. An deren Stelle tritt in der Unterklasse während der letzten 6 und in den Oberklassen während der letzten 12 Tage des Schuljahres eine Haupt-Wiederholung des gesammten, im Laufe des Jahres behandelten Unterrichtsstoffes. Während dieser Wiederholungsprüfungen, bei denen auch die im Laufe des Jahres von den Kindern geführten Hefte einschliesslich der Tage- oder Arbeitsbücher, ingleichen die angefertigten Zeichnungen und sonstigen Arbeiten vorgelegt werden, ist es in erster Linie den Eltern, dann aber auch, soweit es der Raum gestattet, allen anderen erwachsenen Mitgliedern des Schulbezirkes erlaubt, ohne vorausgegangene Anmeldung (vgl. § 106) dem Unterrichte anzuwohnen.

Halbjährlich bekommt jeder Schüler eine Zensur, in welcher wenigstens über Betragen und Fleiss und über die Fortschritte in den Hauptunterrichtsfächern in Zahlen ausgedrückte Urtheile abgegeben werden. Die Bedeutung der Zahlen muss auf dem Zensurblatte gedruckt stehen.

Unterrichtszeit und Pausen.

§ 72.

Der Unterricht hat dem Lektionsplane gemäss (§ 63, vgl. auch §§ 43, 53) zu beginnen und aufzuhören. Die Pausen sind theils zu den äusseren Vorbereitungen für den darauf folgenden Unterricht, theils zur Erholung zu verwenden. Zu diesem Zwecke sind

die Kinder anzuhalten, in den grösseren Pausen das Schulzimmer zu verlassen und, wenn das Wetter nicht ungünstig, die Zeit bis zum Wiederbeginn des Unterrichts auf dem Spielplatze zu verbringen. Einer oder mehrere Lehrer haben dabei die Aufsicht zu führen.

Ferien. Aussetzen des Unterrichts.

§ 73.

Ausser den kirchlichen Sonn- und Festtagen sind im Laufe des Jahres folgende Zeiten schulfrei: der ganze Monat August (Sommerferien), 1 Woche zu Anfang des Oktober (Herbstferien), die Osterwoche und 3 Tage vor dem Feste, die Pfingstwoche, die Zeit vom 23. Dezember bis zum 1. Januar. Landwirthschaft treibenden Gemeinden ist es freigelassen, die Sommerferien nach Bedürfniss etwas früher zu beginnen, dafür aber auch ebensoviel früher zu schliessen. Der Beschluss darüber zteht dem Bezirksschulvorstande zu. Demselben ist es gestattet, bei anderen Gelegenheiten, insbesondere zur Fastnacht, Kirmess und zu den Jahrmärkten 1, höchstens 2 Tage, resp. 1 oder mehrere halbe Tage die Schule auszusetzen.

Wegen kirchlicher Verrichtungen den Schulunterricht zu verkürzen, ist nicht zulässig. Vielmehr haben die Lehrer, welchen die Beibehaltung des Kirchendienstes gestattet worden ist (§ 89), sich mit den betreffenden Geistlichen dahin zu einigen, dass die unter Mitwirkung des Lehrers vorzunehmenden Trauungen, Begräbnisse, Taufen u. s. w. auf die schulfreien Stunden verlegt werden.

An heissen Tagen ist am Nachmittage die Schule auszusetzen. Es hat dies jederzeit stattzufinden, wenn morgens 9 Uhr die Temperatur auf 18° Réaumur gestiegen ist. In Schulen, die halbtägigen Unterricht haben, ist Vorsorge zu treffen, dass in den heissesten Wochen der gesammte Unterricht am Vormittage (von 7 bis 10 und von $\frac{1}{2}$ 11 bis $\frac{1}{2}$ 1 Uhr oder auch eine halbe oder ganze Stunde früher beginnend) abgehalten werde.

Schulunterricht.

§ 74.

Innerhalb des Rahmens, welchen Gesetz (§§ 4 ff. 45 ff.) und Schulordnung (§ 124) dem Unterrichte ziehen, steht es dem Lehrer frei, das Unterrichtsmaterial nach seinem pädagogischen Ermessen im allgemeinen, und nach den besonderen Bedürfnissen, wie sie die Zeitverhältnisse, die Fähigkeiten des eben zu unterrichtenden

Jahrgangs der Schüler und andere Umstände mit sich bringen, auszuwählen und zu behandeln. Ueberhaupt soll der Individualität des Lehrers soviel Spielraum gestattet sein, als es die bereits genannten Grenzen zulassen.

§ 75.

Der Lehrer hat seinen Einfluss auf die Schüler dahin auszuüben, dass in diesen zuerst unbewusst und gewohnheitsmässig der Trieb zu einer regen, geordneten und nützlichen Thätigkeit entstehe, im weiteren Verlaufe der Erziehung sich aber mit der Ueberzeugung von dem, was recht ist, sich auch ein auf das Gute gerichtetes Handeln in dem Kinde herausbilde. Neben diesem Ziele nimmt die Aneignung eines rein gedächtnismässigen Wissens eine durchaus untergeordnete Stelle ein.

Demgemäss sind auch alle Einrichtungen, welche erfunden worden sind, um vorzugsweise oder ausschliesslich das Wissen zu fördern, während sie die Charakterbildung unberücksichtigt lassen, von der Schule fernzuhalten.

Dies gilt in erster Linie von dem in grösseren Schulanstalten zeither noch üblichen Fachunterrichte, und sodann von dem ebendasselbst noch vielfach in Anwendung befindlichen jährlichen Wechsel der Schüler in der Hand des Lehrers. Vielmehr muss der Unterricht einer Klasse möglichst ganz in der Hand eines Lehrers sein, wie auch dafür Sorge zu tragen ist, dass Schüler mehrere Jahre von einem Lehrer unterrichtet werden. Zu diesem Behufe ist — namentlich an Volksschulen I. Ordnung — Einrichtung zu treffen, dass ein Lehrer die Schüler in einer tieferen Klasse übernimmt und mit denselben durch mehrere Klassen aufsteigt.

Methode.

§ 76.

Hinsichtlich der Methode des Unterrichts ist in der Volksschule bei Auswahl und Behandlung des Lehrstoffs die praktische, dem Leben zugewendete Seite hervorzuheben. Der Lehrstoff ist mit strenger Masshaltung und steter Berücksichtigung des formell Bildenden und praktisch Nutzbaren auszuwählen und dergestalt den Zöglingen darzubieten, dass sie durch eigenes Anschauen, lebendiges Erfassen und selbstthätiges Anwenden das Erlernte als ein bleibendes Eigenthum, auf welchem weiter fortgebaut werden kann, für das Leben erwerben. Insbesondere gilt dies von dem Unterrichte

in der Naturkunde, in welchem das Kind stets auf die eigene Betrachtung der Natur hinzuweisen ist.

Alle Ueberfüllung mit todten Kenntnissen, mit leerer Bücherweisheit, mit logischem und dialektischem Formalismus ist streng zu vermeiden.

Selbstbeschäftigung. Hausaufgaben.

§ 77.

In allen Schulen, in welchen Schüler mehrerer Jahrgänge gleichzeitig unterrichtet werden, ist Vorsorge zu treffen, dass sich der Lehrer zu Zeiten auch einzelnen Jahrgängen besonders widmen kann. Ebenso hat dies stattzufinden einmal den Fähigern, ein andermal den Unfähigen gegenüber, welche letztere namentlich in verschiedenen Fächern der Nachhilfe bedürfen, während gleichzeitig die ersteren anderweit beschäftigt werden müssen.

Diese Selbstbeschäftigungen, die übrigens auch in der Volksschule I. Ordnung nicht ganz wegfallen dürfen, sind dazu zu benutzen, dem Kinde Gelegenheit zu geben, ohne beständige Anleitung und Aufsicht eine längere Zeit selbstthätig zu sein. Diesen Zweck sollen auch die Hausaufgaben der Kinder haben. Die zur Selbstbeschäftigung bestimmten Arbeiten müssen vorher bereits geübt sein; auch muss für jeden neuen Fall besondere Anleitung gegeben werden.

Wo in einer Gemeinde die häuslichen Verhältnisse verschiedener Kinder derart sind, dass diese die von ihnen privatim zu fertigenden Arbeiten nicht ungestört oder überhaupt gar nicht ausführen können, da sind in der Schule selbst Stunden anzusetzen, in welchen den Kindern die Möglichkeit gegeben wird, ihre Hausaufgaben zu lösen.

Die häuslichen Aufgaben sind so zu bemessen, dass sie in der Regel täglich nicht mehr als eine Stunde in Anspruch nehmen.

Schulzucht.

§ 78.

Die der Schule und dem Elternhause gemeinschaftlich zufallende Aufgabe, das Kind zu einem in Familie, Gemeinde, Staat und Gesellschaft brauchbaren und tüchtigen, für das Leben in der Freiheit empfänglichen und reifen Menschen zu erziehen, macht es zu einer der wichtigsten Pflichten für das Elternhaus, wie für die Schule, die Zucht so zu üben, dass jene Ziele möglichst vollkommen

erreicht werden. Findet die Schule hierbei keine Unterstützung, oder wird sie wohl gar in ihren Bestrebungen durch die Eltern gehindert, so liegt es ihr ob, auch ohne diese und selbst im Gegensatze zu ihnen ihrer Aufgabe gemäss zu handeln.

Die Schulzucht hat sich demnach keineswegs darauf zu beschränken, das Kind während seines Aufenthaltes im Schulhause anzuhalten, sich äusserlich wohlänständig, aufmerksam, fleissig u. s. w. zu betragen: sondern sie ist nur als ein Theil der Erziehung zur Sittlichkeit und Gesetzlichkeit und zwar als der äussere zu betrachten, während die Hauptthätigkeit in das Studium der Kindercharaktere und die darauf sich gründende Gemüths- und Willensbildung zu verlegen ist.

§ 79.

Bei dieser erziehenden Thätigkeit der Schule kann sie das Leben ausserhalb der Schulräume keineswegs ausser Betracht lassen. Sie kann sich daher, wenschon sie das Leben im Elternhause und überhaupt in der schulfreien Zeit zunächst der Ueberwachung der Eltern und Familiengenossen zu überlassen hat, der Beobachtung desselben nicht völlig entschlagen und hat bei etwanigen Missgriffen in der elterlichen Zucht zwar mit möglichster Schonung der elterlichen Rechte, erforderlichenfalls aber mit allen zu Gebote stehenden Mitteln auf Abstellung der Gebrechen in der Erziehung hinzuwirken, insbesondere dadurch, dass sie dem Kinde lebhaft ins Bewusstsein bringt, was nach bürgerlichen und sittlichen Gesetzen recht ist, und zugleich auch dem Willen die Richtung giebt, sich im praktischen Leben diesen Gesetzen unterzuordnen.

Auf der untersten Stufe hat an die Stelle der Gesetze der Wille des Lehrers zu treten; stufenweise ist aber das Kind zu der Erkenntniss zu bringen, dass dieser Wille nur der Ausdruck eines allgemeinen Willens ist, und dass der Gehorsam gegen denselben um des eigenen Wohles willen und im Interesse der Gesammtheit unerlässlich sei.

§ 80.

Fern von allen Extremen, namentlich von schwächlicher Nachgiebigkeit und allzusehr die Lehrerwürde preisgebender Freundlichkeit — auch in Mädchenklassen —, wie von barscher Kälte und unerbittlicher Strenge — selbst rohgearteten Knaben gegenüber —, hat der die Schulzucht übende Lehrer die Milde eines wohlwollenden Vaters mit der Festigkeit eines das Gesetz handhabenden Richters

in sich zu vereinigen. Abweichend von dem Verfahren des Letzteren soll er aber vor allem in seiner Eigenschaft als Lehrer zuerst durch Wort und Beispiel auf den Zögling einzuwirken suchen, ehe er zur Strafe seine Zuflucht nimmt.

Strafen.

§ 81.

Strafen sind sowohl bei der Androhung, wie auch bei der Anwendung stets so zu wählen, dass sie einem vorhandenen Fehler zu steuern geeignet sind. Der Lehrer soll daher nur strafend vorgehen, nachdem er sich über die inneren Gründe, aus denen ein Fehler entsprungen, Klarheit verschafft hat.

Im allgemeinen werden sich die Strafen auf folgende fünf Kategorien zu beschränken haben:

1. Ueberall, wo ein Kind, obwohl ihm seine Pflicht bekannt, doch dieselbe versäumt und Unrecht gethan hat, wird ihm das Missfallen des Lehrers in einem der Höhe des Vergehens angemessenen Masse zu erkennen zu geben sein. Dieses Missfallen wird Ausdruck finden in der Miene des Unwillens, in tadelnden Worten und in Benachrichtigung der Eltern. In diese Rubrik gehören auch ungünstige Zensuren.

2. In allen Fällen, wo Nachlässigkeit, Saumseligkeit, Trägheit, Unordnung und andere aus Schlaffheit des Geistes oder Körpers entspringende Fehler Veranlassung zu Strafen geben, ist als solche anzuwenden: Nachholen der unterlassenen Pflicht, nach Befinden mehrmalige Ausführung einer anfangs ungenügenden Leistung. Da dies in den meisten Fällen nur unter strenger Aufsicht möglich sein wird, so wird ein Zurückbehalten des Kindes in der Schule ohne Beaufsichtigung in der Regel wenig Nutzen schaffen; es wird sehr oft nicht einmal die Aufsicht durch einen guten Schüler ausreichen, sondern die Anwesenheit des Lehrers dabei nöthig sein.

3. Wenn Spiel, Tändelei, Zerstreutheit, Plaudersucht und dergleichen den Erfolgen des Unterrichts hinderlich sind, wird dem fehlerbehafteten Kinde ein Platz im Lehrzimmer anzuweisen sein, der dem Lehrer eine strenge Beaufsichtigung leicht ermöglicht. Aus diesem Grunde werden auch stets die Schüler so zu ordnen sein, dass die besseren entfernt vom Lehrer, die schlechteren in seiner Nähe ihren Platz haben. Bei öfterer Wiederkehr eines der genannten Fehler wird die Strafe noch dadurch zu verschärfen sein, dass der

Schüler eine Zeit lang — die jedoch nie in gesundheitschädlicher Weise auszudehnen ist — unmittelbar vor dem Katheder stehend zuzubringen hat.

4. Wenn die Gesamthätigkeit eines Schülers nicht den berechtigten Erwartungen entspricht, so ist dem Kinde dauernd ein Platz in der Klasse einzuräumen, der ihm eine Zurücksetzung hinter die anderen Schüler fühlbar macht. Eine Versetzung der Schüler nach ihren Leistungen, immerhin jedoch unter Mitberücksichtigung der natürlichen Anlagen, ist in grösseren Zeitabschnitten — Viertel- oder Halbjahren — statthaft.

5. Da, wo sich böser Wille oder Verdorbenheit des Gemüths bei einem Schüler kundgiebt, also bei exemplarischer Roheit, Widersetzlichkeit, Bosheit, Grausamkeit, Schamlosigkeit, Lügenhaftigkeit, Verstocktheit u. dergl., ingleichen bei unverbesserlicher Trägheit, Unreinlichkeit und Unaufmerksamkeit, sind auch körperliche Züchtigungen zulässig. In der Regel müssen denselben aber andere Zuchtmittel vorangegangen sein; nur wo ein Fehler bei seinem ersten Auftreten schon einen hohen Grad des sittlichen Verfalls im Schüler verräth, ist ohne weiteres mit strenger Züchtigung vorzugehen. Doch hat sich der Lehrer aller Strafen zu enthalten, welche von dauernd üblen Folgen für die Gesundheit des Kindes sein können, weshalb er sich auch zu hüten hat, im Zustande leidenschaftlicher Erregtheit körperliche Züchtigungen auszuführen.

Schulversäumnisse.

§ 82.

In Gemässheit des den Schulzwang anordnenden § 15 dieses Gesetzes hat jedes im schulpflichtigen Alter stehende Kind den Schulunterricht regelmässig und ohne alle Unterbrechungen zu besuchen, und die Eltern und ihre Stellvertreter sind verpflichtet, sie dazu anzuhalten.

Von den Kindern verschuldete Versäumnisse, ingleichen verspätetes Erscheinen in der Schule sind den Eltern anzuzeigen, beziehentlich mit Schulstrafen zu belegen.

Eine Berechtigung, das Kind von der Schule zurückzuhalten, findet nur statt, wenn dasselbe krank ist, oder wenn plötzlich eingetretenes Unglück im Hause der Eltern, Krankheit derselben u. dergl. das Zurückbleiben des Kindes dringend nothwendig erscheinen lassen. In Fällen dieser Art ist der Lehrer wo möglich schon am 1. Tage des Versäumnisses von der Ursache desselben zu benachrichtigen;

bei Rückkehr des Kindes aber haben die Eltern dasselbe entweder schriftlich oder mündlich zu entschuldigen. Mündliche Entschuldigung durch das Kind genügt nicht. Dagegen kann in zweifelhaften Fällen und bei lang andauernden Versäumnissen ein ärztliches Zeugnis verlangt werden. Ein solches ist auch erforderlich, wenn ein Kind aus Gesundheitsrücksichten von einem Theile des Unterrichts entbunden werden soll.

Bei ansteckenden Krankheiten, ingleichen wenn Kinder mit ekel-erregenden Hautausschlägen, Ungeziefer u. dergl. behaftet sind, ist der Lehrer berechtigt, die betreffenden Kinder bis zu vollendeter Heilung oder Reinigung von der Schule zurückzuweisen.

§ 83.

Wird ein Kind von den Eltern unpünktlich zur Schule geschickt oder gar von dem Besuche derselben ohne einen genügenden Grund (§ 82) abgehalten, so ist der Lehrer verpflichtet, zuerst den Eltern durch den Schuldiener eine Mahnung zugehen zu lassen, dafern sich die Unregelmässigkeiten im Schulbesuche aber wiederholen, Anzeige beim Schulvorstande zu machen, der das Weitere nach § 135 zu verfügen hat.

SECHSTER ABSCHNITT.

Innere Schulverwaltung. B. Persönlich.

(Pflichten der Lehrer.)

Vorbedingungen. Bildung des Lehrers.

§ 84.

Als Lehrer an einer öffentlichen oder Privatschule oder als Hauslehrer kann nur Anstellung finden, wer in Preussen oder in einem solchen Staate, in welchem die Veranstaltungen zur Lehrerausbildung den preussischen nicht nachstehen, seine Lehramtsprüfung bestanden hat (vgl. Seminargesetz §. —). Zur ständigen Anstellung (§ 85) an einer öffentlichen Schule ist die Ablegung einer Wiederholungsprüfung, die nicht früher als 3 Jahre nach der Lehramtsprüfung stattfinden darf (Seminargesetz §. —), erforderlich.

Für die Wahl zum Oberlehrer, Erziehungsdirektor oder in eine Schulrathsstelle bedarf es keiner besonderen Prüfung.

Anstellung.

§ 85.

Jeder Lehrer, welcher die Wiederholungsprüfung noch nicht bestanden hat, ist in dieser Zeit der Leitung eines älteren Lehrers unterstellt und hat bezüglich der Amtsführung die Weisungen desselben zu beachten. In dieser Zeit kann der Lehrer nach vorgängiger zweimonatlicher Kündigung entlassen werden.

Wenn zuvor nicht rechtzeitig gekündigt worden ist, tritt nach Ablegung der gedachten Prüfung sofort und zwar ohne jede äussere Formalität die ständige Anstellung ein. Dieselbe findet das erstemal auf 6 Jahre statt*). Spätestens ein Vierteljahr vor Ablauf dieser Frist hat die Schulgemeinde über die weitere Beibehaltung des betreffenden Lehrers zu entscheiden (§ 138). Ist diese beschlossen worden, so kann dem Lehrer nicht wieder gekündigt werden.

Jeder Lehrer, der seine Stelle aufgeben will, hat dies 2 Monate vor seinem Abgange dem Bezirksschulvorstande schriftlich anzuzeigen.

Lehrerinnen.

§ 86.

Die Anstellung von Lehrerinnen an öffentlichen und Privatschulen hat sich lediglich auf Mädchenklassen und hier auch vorzugsweise nur auf die untersten zu beschränken**).

Im Kindergarten dagegen sollen in der Regel nur weibliche Personen angestellt werden. Neuanzustellende Kindergärtnerinnen haben sich zuvor einer Prüfung (vgl. Seminargesetz § —) zu unterwerfen.

*) Der Bezirksverband Berlin ist mit dieser Anstellung auf Zeit nicht einverstanden.

**) Der oben mitgetheilte Satz entspricht den Anforderungen der Preiskommission, während derselbe ursprünglich folgenden, den Anschauungen des Verfassers entsprechenden Wortlaut hatte:

Die Anstellung von Lehrerinnen an öffentlichen und Privatschulen ist in Zukunft nicht weiter zulässig. Die bei Erlass dieses Gesetzes im Amte befindlichen Lehrerinnen, ingleichen die auf Staatsseminaren befindlichen weiblichen Zöglinge, welche 2 Jahre des Seminarkursus durchlaufen haben, sollen im Schuldienste belassen werden, beziehentlich noch weiter Verwendung finden.

Im Kindergarten dagegen sollen u. s. w.

Schuldienst.

§ 87.

In Volksschulen I. Ordnung soll die Zahl der Unterrichtsstunden, welche ein Lehrer zu ertheilen hat, in Unterklassen 28, in Mittelklassen 26 und in Oberklassen 24 nicht übersteigen. In den anderen Volksschulen ist die Stundenzahl dem entsprechend zu modifizieren, doch soll dieselbe in keinem Falle mehr als 30 betragen.

Zehn Minuten vor Beginn der Vormittagsstunden und ebenso lange vor dem Nachmittagsunterrichte hat der Lehrer im Schulhause zu sein und das Verhalten der Schüler zu überwachen. An Schulen, wo mehrere Lehrer wirken, kann diese Aufsicht von den einzelnen abwechselnd geführt werden (vgl. § 72).

Nach Schluss der Stunden hat der Lehrer im Schullokale zu verweilen, bis der letzte Schüler dasselbe verlassen hat. Dies gilt auch, wenn strafweise einzelne Schüler zurückzubleiben haben (§ 81, 2). Wenn Kindern gestattet ist, nach beendigtem Unterrichte im Lehrzimmer ihre Schularbeiten zu fertigen (§ 77, Abs. 3), so genügt es, wenn die Aufsicht durch einen zuverlässigen Schüler geführt wird.

Stellvertretung.

§ 88.

Ist eine Schulstelle ohne Lehrer und gelingt es der Anstellungsbehörde nicht, sie alsbald wieder zu besetzen oder einen Stellvertreter für dieselbe zu gewinnen, so sind die übrigen Kollegen derselben Schule, beziehentlich desselben Bezirks gehalten, den Unterricht in derselben stellvertretungsweise mit zu übernehmen, soweit es Kräfte und Zeit bei ihnen zulassen. Ist es nicht anders möglich, so soll es solchen Stellvertretern gestattet sein, sowohl an der eigenen Schule oder Klasse, wie auch an der in Stellvertretung befindlichen, den Unterricht um einige Stunden zu kürzen, beziehentlich die Schüler der lehrerlosen Klasse mit einer anderen zu vereinigen oder auf mehrere andere zu vertheilen (vgl. § 97).

Nebenbeschäftigungen.

§ 89.

Der Lehrer hat seine Zeit und Kraft in erster Linie der Schule zu widmen. Es kann ihm daher auch nur gestattet sein, sich neben

derselben anderweit derart und in dem Umfange zu beschäftigen, dass die Schule dadurch in keiner Weise beeinträchtigt wird. Insbesondere hat er sich aller den Lehrerstand entwürdigenden Beschäftigungen (wie ärztlicher Pfuscherei u. s. w.) schlechterdings zu enthalten. Dasselbe gilt von den niederen Kirchendiensten, wie Reinigen der Kirche, Bedienung des Pfarrers bei Privattaufen und Kommunionen u. dergl. Kantor- und Organistendienste neben der Schule zu verwalten, ist Lehrern nur in soweit gestattet, als diese Dienste nicht in die Schulzeit fallen oder die Kräfte des Lehrers in einer die Schule beeinträchtigenden Weise in Anspruch nehmen (§ 73). Die Erlaubniss dazu hat der Schulvorstand zu ertheilen.

Oberlehrer.

§ 90.

In jedem Schulbezirke, beziehentlich in jeder grösseren Schulgemeinde, ist ein Lehrer, der die Bezeichnung Oberlehrer führt, beauftragt, darüber zu wachen, dass den Vorschriften dieses Gesetzes Folge geleistet, ingleichen, dass die Beschlüsse des Lehrerkollegiums (§§ 154, 155) getreulich ausgeführt und den Anordnungen des Schulvorstandes allenthalben nachgekommen werde. In Städten mit mehreren Schulen ist es dem Schulvorstande anheimgegeben, für jede derselben eine Oberlehrerstelle zu errichten. Wenn ein Lehrer den Anordnungen des Oberlehrers und den Beschlüssen des Kollegiums — sei es aus Widersetzlichkeit oder fortdauernder Pflichtvergessenheit — nachzukommen unterlässt, so hat der Oberlehrer Anzeige bei der Stelle, von welcher die Anordnung ausgegangen ist, zu machen, im übrigen aber dieser das weitere Vorgehen zu überlassen. Ueberschreitet ein Oberlehrer seine Befugnisse, so ist der betreffende Lehrer berechtigt, seine Klage zur Beschlussfassung, beziehentlich zu weiterem Verfahren dem Lehrerkollegium vorzutragen.

Die Wahl der Oberlehrer erfolgt jedesmal auf 5 Jahre und zwar durch das Lehrerkollegium des Bezirks oder der Schule.

Der Oberlehrer ist berechtigt, während der Zeit seiner Amtsführung eine Zahl der von ihm als Lehrer zu ertheilenden Schulstunden auf einen Stellvertreter zu übertragen. In allen Fällen kann der Oberlehrer ein Drittel, in grossen Bezirken sogar bis 2 Drittel seiner Unterrichtsstunden in dieser Weise vertreten lassen. In letzterem Falle soll es ihm auch nachgelassen sein, seine Klasse ganz aufzugeben und an verschiedenen Klassen einzelne Stunden zu übernehmen.

Ein Oberlehrer ist nach Ablauf seiner Dienstzeit als solcher wieder wählbar.

Strafbestimmungen.

§ 91.

In allen Fällen, wo ein Lehrer sich Pflichtwidrigkeiten zu Schulden kommen lässt, oder wenn derselbe in seinem Privatleben zu ernstest Ausstellungen Veranlassung giebt, ist der Oberlehrer berechtigt, ihn zu erinnern und im wiederholten Betretungsfalle Anzeige bei dem Schulvorstande zu machen, der alles Weitere zu verfügen hat.

In solchen Fällen, die sich zur Bestrafung eignen, ist Anzeige an das Kreisschulamt zu erstatten. Fälle dieser Art sind allenthalben nach den Gesetzen für Staatsdiener (. . .) zu beurtheilen.

Nichtamtliche Vergehen der Lehrer sind nach den allgemeinen Landes- und Reichsgesetzen zu beurtheilen. Ob damit ein amtliches Einschreiten zu verbinden ist, insbesondere, ob in Fällen, wo wegen Vergehen oder Verbrechen über einen Lehrer entehrende Strafen verhängt worden sind, zugleich die Amtsentsetzung zu verfügen ist, darüber ist ebenfalls nur nach Massgabe des Staatsdienergesetzes (. . . .) zu befinden.

SIEBENTER ABSCHNITT.

Rechte der Lehrer.

§ 92.

Alle Lehrer geniessen die Rechte öffentlicher Beamten. Die Lehrer an Volksschulen sind in ihrer äusseren Stellung den Subalternbeamten I. Klasse gleichzustellen.

§ 93.

Die Lehrer an Volksschulen haben ein Gehalt zu beziehen, welches nach dem Durchschnittseinkommen der Subalternbeamten des Ortes oder der Gegend, wo jene angestellt sind, zu bemessen ist. Diesem gemäss ist in der Bezirksschulordnung (§ 124) ein Minimalgehalt festzusetzen, dem in Zeitabschnitten von 3 bis 5 Jahren Alterszulagen beizufügen sind.

In Ortschaften oder Bezirken mit einer grösseren Anzahl von Lehrern ist es gestattet, an Stelle der Alterszulagen eine Abstufung

sämmtlicher Gehalte festzusetzen und bei Erledigung höher dotirter Gehaltsstufen den Eintritt in dieselben durch Aufrücken der niedriger besoldeten Lehrer erfolgen zu lassen.

An Orten, wo die Gehalte sich wesentlich über das Minimal-einkommen erheben, ist es zulässig, eine Anzahl von Stellen für solche Lehrer zu reserviren, welche wegen ihrer vorzüglichen Leistungen im Amte durch ein schnelleres Aufrücken in besser dotirte Stellen ausgezeichnet werden sollen. In diesem Falle ist in der Schulordnung festzusetzen, wieviel Stellen für das allgemeine Aufrücken bestimmt sind.

Jeder Lehrer, der in seiner amtlichen Thätigkeit und ausser-amtlichen Lebensführung nicht zu wesentlichen Ausstellungen Anlass gegeben hat, und dem namentlich während der Zeit, die er auf der zuletzt eingenommenen Gehaltsstufe zubrachte, von Seiten des Schulvorstandes keinerlei Erinnerung ertheilt worden ist, hat den Anspruch auf die durch Schulordnung festgesetzten Alterszulagen, beziehentlich auf das Einrücken in die höheren Gehaltsstufen. (Vgl. § 133.)

§ 94.

Die Festsetzung der Gehalte steht dem Bezirksschulvorstande zu (§ 124).

Wenn allzu niedrige Besoldungen an einem Orte zur Folge haben, dass sich um erledigte Stellen keine Bewerber finden, so hat der Bezirksschulvorstand die Besoldungen aufzubessern. Lässt er sich hierbei säumig finden, so ist das Kreisschulamt verpflichtet, ihn daran zu erinnern, erforderlichenfalls selbst eine bestimmte Gehaltserhöhung anzuordnen. (Vgl. § 130.)

Amtswohnung. Wohnungs- und Umzugsgeld.

§ 95.

In kleinen Ortschaften, namentlich auf dem platten Lande, ist dem Lehrer Wohnung im Schulhause und wo möglich auch ein Stück eingefriedigtes Gartenland zu gewähren. Wo Feld-, Wiesen- und Waldgrundstücke zu einer Stelle gehören, sind diese dabei zu belassen; nur ist dann auch Sorge zu tragen, dass die dazu erforderlichen Wirthschaftsgebäude nicht fehlen. Will ein Lehrer die zu seiner Stelle gehörigen Grundstücke nicht selbst bewirthschaften — wozu er jedoch in uneingeschränkter Weise berechtigt ist —,

so ist es lediglich seinem Ermessen überlassen, in welcher Weise er dieselben für sich nutzbar machen will.

In grösseren Orten und überall da, wo es nicht möglich ist, dem Lehrer freie Amtswohnung zu geben, ist ein in Prozenten auszudrückender Theil des Gehaltes als Wohnungsentschädigung festzusetzen. Dieselbe muss sich mit den thatsächlichen Miethpreisen des Ortes in Uebereinstimmung befinden. Zu diesem Behufe hat aller 3 Jahre eine Ermittlung der lokalen Wohnungspreise stattzufinden.

§ 96.

Lehrer, welche neben ihrer Stelle noch eine andere stellvertretungsweise zu verwalten haben, beziehen von dieser letzteren — auch wenn sie genöthigt sind, die Stundenzahl um etwas zu vermindern (vgl. § 88) — auf die ganze Dauer der Vakanz das volle Gehalt der Stelle, sind aber auch verpflichtet, in Fällen, wo ein Gnadengehalt zu bezahlen ist (§ 102), die damit belastete Stelle ohne Bezahlung zu verwalten.

Urlaub.

§ 97.

Urlaub bis zu 1 Woche wird vom Schulvorstande und bis zu 14 Tagen durch Vermittelung des Schulvorstandes vom Kreisschulamte ertheilt, wenn durch ein ärztliches Zeugniss, und bis zu vier Wochen, wenn durch ein bezirksärztliches Zeugniss das Bedürfniss beglaubigt wird. Längeren Urlaub hat auf Grund des bezirksärztlichen Zeugnisses das Provinzialschulkollegium zu ertheilen.

Urlaub zu Reisen für wissenschaftliche Zwecke hat der Schulvorstand bis zu 14 Tagen und das Kreisschulamt bis zu 4 Wochen zu ertheilen, wenn der betreffende Lehrer oder die Gemeinde- oder Bezirksschulkasse den Stellvertreter selbst bezahlt, oder die Nachbarkollegen die Vertretung übernehmen.

Zu grösseren Reisen und zur Bestellung des Stellvertreters auf Staatskosten bedarf es der Urlaubsertheilung von Seiten des Ministeriums.

Alle Urlaubsgesuche sind an die Behörde zu richten, welche die Erlaubniss zu ertheilen hat, jederzeit aber bei dem Schulvorstande des Bezirks abzugeben.

Wartegeld.

§ 98.

Lehrer, welche nach ihrer ersten ständigen Anstellung auf Grund des § 85 von der Schulgemeinde entlassen werden, ohne dass ihnen erhebliche Pflichtwidrigkeiten nachgewiesen werden können, haben bis zu dem Tage des Wiedereintritts in ein Lehramt von ihrer zeit-herigen Schulgemeinde die Hälfte des zuletzt bezogenen Gehaltes als Wartegeld zu beanspruchen. Lehnen sie aber die Uebernahme irgend einer Stelle im Lande, welche der bisher von ihnen inne-gehabten im allgemeinen gleichkommt, ohne triftige Gründe ab, so hört der Anspruch auf ein Wartegeld auf.

Ruhegehalte.

§ 99.

Ein Ruhegehalt zu beanspruchen berechtigt sind nur ständige Lehrer (§ 84), und zwar

- 1) wenn sie durch Erkrankung, Erblindung u. dergl. dienstunfähig geworden sind,
- 2) wenn auf Antrag des Bezirksschulvorstandes das Kreisschulamt die Versetzung in den Ruhestand über sie beschlossen hat,
- 3) wenn sie nach dreissigjähriger Thätigkeit als ständige Lehrer die Versetzung in den Ruhestand begehren.

§ 100.

Das Ruhegehalt eines Lehrers wird bemessen nach dem Einkommen, welches er in dem letzten Jahre bezogen, und zwar beträgt dasselbe 40 Prozent innerhalb der Zeit bis zum vollendeten 10. Jahre der ständigen Anstellung und nimmt hierauf innerhalb eines jeden Amtsjahres um 2 Prozent zu. Doch soll das niedrigste Ruhegehalt nicht unter 400 Mk., das höchste nicht mehr als das zuletzt bezogene volle Einkommen betragen.

Zur Feststellung der aus der Landespensionskasse (vgl. § 102) zu zahlenden Ruhegehalte hat jeder Bezirksschulvorstand eine tabellarisch geordnete Zusammenstellung seiner Lehrergehälter bei dem Kreisschulamte in dreifacher Abschrift abzugeben. Das Kreisschulamt hat zwei Abschriften, von übersichtlichen Zusammenstellungen begleitet, an das Provinzialschulkollegium, und diese eine Abschrift in gleicher Weise an das Ministerium für das Schulwesen einzusenden.

Bei der Berechnung der zu einer Stelle gehörigen Einkünfte ist der Werth der freien Amtswohnung und der Ertrag von Grundstücken u. s. w. mit in Anschlag zu bringen.

§ 101.

Jeder Lehrer hat während seiner Amtirung 1 Procent seines Einkommens an die Landespensionskasse zu entrichten.

Witwen- und Waisengehalt.

§ 102.

Sind nach dem Tode eines Lehrers eine Witwe oder Kinder unter 18 Jahren vorhanden, so beziehen diese noch ein Vierteljahr lang das volle Diensteykommen der Stelle als Gnadengehalt. Es hat dies auch dann zu geschehen, wenn bei dem Tode des betreffenden Lehrers oder innerhalb des nächsten Vierteljahres die sechsjährige Anstellung (vgl. § 85) zu Ende läuft. An Stelle der freien Amtswohnung und der Nutzung aus den Grundstücken kann von Seiten des Bezirksschulvorstandes und unter Zustimmung der bezugsberechtigten Relikten eine Geldentschädigung gewährt werden.

Nach Ablauf dieser Gnadenfrist erhält jede Witwe bis zu ihrer Wiederverheiratung 1 Drittel und jedes Kind bis zum vollendeten 18. Lebensjahre 1 Sechstel dessen, was der Mann, bez. Vater in derselben Zeit als Ruhegehalt bekommen haben würde, aus der Landespensionskasse ausgezahlt. Doch soll die gesammte Pension der Hinterbliebenen eines Lehrers nicht mehr als höchstens 2 Drittel des von ihm zuletzt bezogenen Diensteykommens betragen.

(Die Rechte des Lehrers bezüglich der Auswahl des Unterrichtsmaterials sind in § 74 mitgetheilt, seine Stellung zum Lehrerkollegium wird in § 154 festgestellt.)

ACHTER ABSCHNITT.

Stellung der Eltern zur Schule.

§ 103.

Die von der Natur den Eltern zugewiesene Erziehungsaufgabe gewährleistet ihnen gewisse Rechte, an die sich Pflichten knüpfen, auf deren Befolgung zu halten das Staatsinteresse erheischt.

Diese Rechte und Pflichten kommen auch denjenigen Personen zu, welche verwaisten, verwahrlosten oder von den Eltern freiwillig in anderer Pflege übergebenen Kindern gegenüber Elternstatt vertreten.

§ 104.

Der Bezirksschulvorstand hat die Eltern und ihre Stellvertreter bei Beginn der Schulpflichtigkeit ihrer Kinder sowohl hiervon, wie über Schulstunden, Schulbücher und alle Massnahmen, welche ihnen zu wissen nöthig sind, rechtzeitig in Kenntniss zu setzen.

Die Eltern haben den Anordnungen der Schule unweigerlich Folge zu leisten. Insbesondere haben sie ihre in die Schule aufzunehmenden Kinder innerhalb der dafür angesetzten Frist anzumelden, mit den nöthigen Schultensilien auszustatten, an den Schultagen zur rechten Zeit, also vor Anfang der ersten Stunde, aber auch nicht früher, als längstens eine Viertelstunde vorher, zur Schule zu schicken, die für den häuslichen Fleiss aufgegebenen Schularbeiten zu überwachen, bei unumgänglichen Versäumnissen der Kinder (vgl. § 82) entweder persönlich oder schriftlich Anzeige an den betreffenden Klassenlehrer gelangen zu lassen, mit Eifer darauf zu halten, dass im Hause das Ansehen der Schule und des Lehrers in keiner Weise durch tadelnde Bemerkungen u. dergl. beeinträchtigt werde, und überhaupt in allen Stücken darauf hinzuwirken, dass in der Kindererziehung ein einträchtiges Zusammengehen zwischen Schule und Haus stattfinde.

§ 105.

Säumige Eltern, sowie alle, welche den im vorigen Paragraph namhaft gemachten Pflichten nicht nachkommen, haben sich der Mahnung von Seiten des Lehrers (§ 82), beziehentlich der Erinnerung und Bestrafung von Seiten des Schulvorstandes zu gewärtigen (§ 135).

Besuch des Unterrichts.

§ 106.

Eltern und ihren Stellvertretern ist es jederzeit gestattet, dem von ihren Kindern besuchten Unterrichte, soweit es ohne Beeinträchtigung desselben stattfinden kann, beizuwohnen; doch haben sie den betreffenden Lehrer vor Beginn der Lektion davon in Kenntniss zu setzen, das Schulzimmer nur vor Beginn des Unterrichts oder in den zwischen den Lektionen liegenden Pausen zu betreten und zu ver-

lassen, während des Aufenthalts im Lehrzimmer jede Störung zu vermeiden, sich daselbst auch aller Anfragen oder Bemerkungen dem Lehrer wie den Kindern gegenüber gänzlich zu enthalten.

Zum Besuche der Schulprüfungen (§ 71), zu denen ausser den Eltern auch andere erwachsene Verwandte der Schüler Zutritt haben, ist mit Angabe der Zeit und der Unterrichtsgegenstände öffentlich einzuladen.

Elternkonferenzen.

§ 107.

Die Eltern der zu einer Schule gehörigen Kinder sind alljährlich mindestens einmal und dann womöglich am Anfange oder Schlusse des Schuljahres zu einer Konferenz mit den Lehrern der Anstalt einzuladen. Den Vorsitz führt der erste Lehrer, bez. der Oberlehrer der Schule.

In dieser Konferenz, in der jeder Theilnehmer Wünsche und Anfragen inbetreff der Schule vorbringen kann, ist jedesmal ein Vortrag über eine die Eltern interessirende Schulangelegenheit und ein Bericht über die letzte Thätigkeit der Anstalt zu geben. Für diese Vorträge hat, wenn sie nicht von anderer Seite kommen, das Lehrerkollegium Sorge zu tragen.

Die Elternkonferenzen können von den Lehrern benutzt werden, um neue Massnahmen der Schule den Eltern kundzugeben und zu erläutern, nach Befinden auch die Ansichten der Eltern über dieselben zu hören.

Die Elternkonferenz ist berechtigt, ihre Wünsche in Form von Anträgen an den Schulvorstand zu bringen.

§ 108.

Die Eltern und ihre Stellvertreter haben mit den anderen zu derselben Schulgemeinde gehörigen Personen das ihnen in § 138 gewährleistete Lehrerbestätigungsrecht, desgleichen das Wahlrecht zum Schulvorstande (§§ 125, 126) auszuüben.

NEUNTER ABSCHNITT.

Aeussere Schulverwaltung im allgemeinen.

Oeffentliche und Privatschulen.

§ 109.

Alle Schulen sind entweder öffentliche oder Privatschulen.

Oeffentliche Schulen sind solche, welche aus den Mitteln einer Gemeinde, eines Schulbezirkes oder des Staates oder aus solchen Stiftungen unterhalten werden, über welche Gemeinde, Bezirk oder Staat das Verfügungsrecht haben.

Privatschulen sind solche, welche sich in dem Besitze eines Lehrers oder einer anderen einzelnen Person, oder auch einer Korporation von Privatpersonen befinden. Auch Hausschulen („Hauslehrerstellen“) sind als Privatschulen anzusehen.

Privatschulen.

§ 110.

Zur Errichtung einer Privatschule ist jeder Lehrer befugt, der nach § 84 dieses Gesetzes die Berechtigung zur ständigen Anstellung erlangt hat, und jede Person, welche die Gewähr zu übernehmen im Stande ist, dass den für die Privatschulen geltenden Bestimmungen allenthalben nachgekommen werde. Als Hauslehrer können auch Lehramtskandidaten verwendet werden, welche die Berechtigung zur ständigen Anstellung noch nicht besitzen. Inbezug auf die Anstellungszeit sind letztere den Bestimmungen des Gesetzes nicht unterworfen.

§ 111.

Privat- und Hausschulen sind inbezug auf Inhalt und Umfang des Schulunterrichts den Bestimmungen dieses Gesetzes und daher auch der Aufsicht des Schulvorstandes ihres Bezirks, sowie der höheren Behörden unterstellt (§ 123, 7).

Die Schüler dieser Anstalten haben ihre Wiederholungsprüfungen alljährlich an der öffentlichen Volksschule des Ortes mit den gleichaltrigen Schülern derselben gemeinsam zu bestehen.

Wollen Privatschulen andere, als die im Schulgesetze vorgesehenen Unterrichtsgegenstände in ihren Lehrplan aufnehmen und

dafür die vorgeschriebenen Lehrgegenstände beschränken, oder wollen sie sonstige Einrichtungen treffen, die vom Schulgesetze abweichen, so bedarf es dazu der Erlaubniss des Kreisschulamtes. Diese Bestimmung gilt auch, wenn sie infolge ihres veränderten Lehrplanes beanspruchen, ihre Wiederholungsprüfungen abgesondert von der öffentlichen Schule vornehmen zu dürfen. Hierzu kann die Erlaubniss jedoch nur ertheilt werden, wenn die Privatschule den vollen Umfang einer Volksschule I. Ordnung hat.

Die Inhaber von Privatschulen sind in der Wahl ihrer Lehrer unabhängig, wenn diese den Bestimmungen des § 84 entsprechen. Bezüglich der Wahl der Lehrbücher gilt das in § 62 Gesagte.

Oeffentliche Schulen.

§ 112.

Die öffentlichen Schulen sind theils Staats-, theils Gemeinde- oder Bezirksanstalten. Ob sie das eine oder das andere sind, darüber entscheidet einerseits die Errichtung, andererseits die Unterhaltung derselben.

In der Regel sind die Volksschulen Gemeinde- oder Bezirksanstalten, dagegen die höheren und höchsten Lehranstalten, ingleichen die Blinden-, Taubstummen-, Idioten- und Besserungsschulen Staatsanstalten.

Gymnasien und Realschulen können auch Gemeindeanstalten sein; Lehrerseminare (Präparandenanstalten) dürfen weder von Gemeinden, noch von Privatpersonen errichtet oder fortgeführt werden, sondern sind ausschliesslich Staatsanstalten (vgl. § — des Seminargesetzes).

Volksschulen, welche vom Staate für die Kinder seiner Beamten u. s. w. unterhalten werden — z. B. Garnisonschulen — sind zwar Staatsanstalten, doch sind den beteiligten Eltern, wenn auch in beschränktem Masse, die den Eltern bei den Gemeinde- oder Bezirksschulen zustehenden Rechte (vgl. Abschn. 8) einzuräumen.

Die einzelne Schule und die Schulgemeinde.

§ 113.

Jede Schule — niedere, wie höhere — hat ein bestimmt begrenztes örtliches Gebiet, innerhalb dessen die Bewohner beanspruchen können, dass ihre Kinder, dafern sie sonst den gesetzlich zu stellenden Bedingungen genügen, in dieselbe aufgenommen werden.

Die Einwohner dieses zu einer Schule gehörigen Bereiches bilden die Schulgemeinde. Ihr steht die Ausübung der in § 138 festgesetzten Rechte zu.

Wenn nicht erhebliche Hindernisse, wie Ueberfüllung der Schule, vorliegen, kann eine Gemeinde es nicht ablehnen, Kinder anderer Schulgemeinden desselben Bezirks in dieselbe aufzunehmen, wenn die Eltern derselben es wünschen. Doch kann der Eintritt, ausser bei Wohnungswechsel, zu keiner anderen Zeit, als zu Anfange des Schuljahres stattfinden.

Auf die Ausübung der den Eltern und anderen Gemeindegliedern zustehenden Rechte der Schule gegenüber haben jedoch nur die Personen ein Recht, welche im Bereiche einer Schulgemeinde ihren ständigen Wohnsitz haben.

§ 114.

Schulgemeinde und politische Gemeinde werden sich in der Regel nur in mittleren Dörfern und kleinen Städten decken. Dagegen werden von ganz kleinen Ortschaften gewöhnlich mehrere zu einer Schulgemeinde gehören oder zu vereinigen sein, während grössere politische Gemeinden in soviel Schulgemeinden zerfallen, als Schulen daselbst befindlich sind.

Schulbezirk.

§ 115.

Jede grössere Gemeinde bildet einen einzigen abgeschlossenen Schulbezirk. Kleinere Gemeinden, d. h. solche, welche nicht wenigstens eine auch nach den Geschlechtern getrennte Volksschule I. Ordnung haben, sind mit anderen zu einem Bezirke zu vereinigen.

Bei der Bildung von Bezirken ist der grösste oder ein im Zentrum des Bezirkes liegender grösserer Ort als Hauptort anzusehen und darnach der Bezirk zu benennen.

§ 116.

In der Nähe grosser Städte sind die kleinen Gemeinden in besondere Bezirke zu vereinigen. Bei mittleren Städten können die kleinen Nachbargemeinden mit ihnen vereinigt werden, wenn abgesondert von jenen Städten die Bildung besonderer Bezirke nicht thunlich ist. Kleine Städte bilden jederzeit mit den dieselben umgebenden Dörfern einen Bezirk.

Bei der Bildung von Bezirken aus kleinen Gemeinden ist darauf zu sehen, dass zu einem solchen mindestens 14 Volksschullehrer-

stellen gehören, dass derselbe aber in der Regel einen Flächenraum von 2 Quadratmeilen, in dünnbevölkerten Gegenden von 5 Quadratmeilen nicht überschreite.

Die technische Schulleitung in einem Bezirke wird von einem oder, wenn derselbe mehrere Volksschulen I. (oder II.) Ordnung umfasst, von mehreren Oberlehrern (vgl. § 90), die Schulverwaltung aber von dem Bezirksschulvorstande (vgl. 123 ff.) ausgeübt.

Schulkreise.

§ 117.

Das ganze Land zerfällt nach der Zahl und dem Umfange der landrätthlichen Kreise in Schulkreise. Doch gehört da, wo ein Schulbezirk die Grenzen des Landrathskreises überschreitet, der ganze Bezirk dem Schulkreise an.

An der Spitze des Kreises stehen der Erziehungsdirektor und das Kreisschulamts (§ 139 ff.).

Wenn der Kreis bloss aus einem Bezirke besteht, so können Beschlüsse in gemeinsamer Sitzung des Kreisschulamtes und des Schulvorstandes gefasst werden. In welchem Falle dies stattzufinden hat, darüber hat der Erziehungsdirektor in Uebereinstimmung mit dem Vorsitzenden des Schulvorstandes zu befinden. Der Erziehungsdirektor führt dann den Vorsitz.

Provinzialschulkollegium.

§ 118.

Für jede Provinz des Landes besteht als zusammenfassende und die Beschlüsse der Staatsregierung an die Kreise und Bezirke vermittelnde Behörde das Provinzialschulkollegium (§ 145 ff.).

Ministerium.

§ 119.

An der Spitze aller Lehranstalten des ganzen Landes steht das Ministerium für das Schulwesen (§ 150 ff.).

ZEHNTER ABSCHNITT.

Schulverwaltung im besonderen. Schulbezirk. Schulgemeinde.

§ 120.

Jeder Volksschulbezirk bildet eine in sich verbundene Gruppe, die unter gemeinschaftlicher Schulverwaltung steht. Er tritt an die Stelle der zeitherigen Schulgemeinde, mit welcher er an grösseren Orten auch räumlich zusammenfällt (§§ 115, 116).

§ 121.

Der Schulbezirk übt durch seine Organe nach dem Principe der Selbstverwaltung alle die Funktionen aus, welche ihm als dem Eigenthümer der Schule zukommen. Insbesondere steht ihm die innere und äussere Organisation seines Schulwesens, die Feststellung derselben durch Schulordnung (§ 124), die Wahl seiner Lehrer (§ 131) und die Vermögensverwaltung in dem weiter unten näher bezeichneten Masse zu.

§ 122.

Ob und inwieweit auch das Schulvermögen der zu einem Schulbezirke gehörigen politischen Gemeinden — insbesondere ihr Eigenthumsrecht an Gebäuden, Grundstücken, Stiftungen, verbenden Kapitalien u. dergl. — zu einem gemeinschaftlichen Schulvermögen des ganzen Bezirks verschmolzen werden soll, ingleichen, ob jede Gemeinde den auf sie entfallenden Theil des Schulaufwandes gesondert tragen, oder ob alle Gemeinden des ganzen Bezirkes denselben durch eine allgemeine Umlage aufbringen wollen, darüber steht lediglich den zu einem Bezirke gehörigen Gemeinden die Entschliessung zu. Ebenso ist es ihnen unbenommen, wenn zwar nicht alle, aber doch einige Gemeinden zu diesem Zwecke zusammentreten und ein gemeinsames Schuleigenthum einführen wollen, einen darauf bezüglichen Beschluss zu fassen.

Bezirksschulvorstand.

§ 123.

Das Organ des Schulbezirks und seine nächste Behörde ist der Schulvorstand. Er hat die Pflicht, für alles das Sorge zu tragen,

was den Inhabern der Schule zu thun obliegt, um das Gedeihen der Schule zu fördern und den Anforderungen des Gesetzes zu genügen. Insbesondere hat er

1) die erforderlichen Schulhäuser und sonstigen für den Schulgebrauch nöthigen Lokalitäten, Plätze und Grundstücke, desgleichen die Schulgeräthschaften, Sammlungen und alle sonstigen Hilfsmittel (§§ 51 ff. und 62) zu beschaffen und in gutem Zustande zu erhalten;

2) die zur Unterhaltung der Schule erforderlichen Geldmittel in der § 128 näher bezeichneten Weise aufzubringen;

3) das dem Schulbezirke gehörige Vermögen, einschliesslich der Stiftungen u. s. w., soweit das Verfügungsrecht darüber nicht den Gemeinden vorbehalten geblieben ist, zu verwalten;

4) die Anstellung der Lehrer nach den Vorschriften des § 131, sowie die aller sonstigen für das Schulwesen erforderlichen Beamten und Diener vorzunehmen;

5) die Aufsicht über die Thätigkeit des Oberlehrers und mit diesem gemeinsam über die der Lehrer an der Volksschule zu führen (§ 132);

6) die Lehrer in Ausübung ihres Berufes, insbesondere in Handhabung der Disziplin, Abstellung von Versäumnissen und Zurückweisung von unberechtigten Einmischungen seitens der Eltern oder anderer Schulgemeindemitglieder zu unterstützen;

7) die innerhalb des Bezirkes befindlichen Privat- und Hauschulen zu dem Zwecke zu beaufsichtigen, dass sie den gesetzlichen Anforderungen entsprechen (§ 111);

8) über die nach § 61 an arme Kinder zu verabreichenden Lehrmittel Verfügung zu treffen;

9) die in den §§ 100 und 136 aufgeführten Tabellen auszufertigen, und

10) überhaupt darüber zu wachen, dass innerhalb des Bezirkes den schulgesetzlichen Bestimmungen und den Anordnungen der höheren Behörde allenthalben nachgekommen werde.

Schulordnung.

§ 124.

Der Schulvorstand hat über seine Gesammtthätigkeit, insbesondere über seine Zusammensetzung, über die Vertheilung der Geschäfte, Modalitäten der Sitzungen, ingleichen über die besondere Gestaltung, welche das gesammte Schulwesen des Bezirkes bekommen

soll (vgl. § 74) u. s. w., statutarische Bestimmungen unter dem Namen Bezirksschulordnung aufzustellen. Diese ist zur Begutachtung an das Kreisschulamt und von diesem zur Bestätigung an die höheren Behörden abzugeben. Die Schulordnung darf in keinem Stücke über die nachfolgenden Bestimmungen hinausgehen.

Zusammensetzung des Schulvorstandes.

§ 125.

Der Schulvorstand ist mindestens aus 5 Mitgliedern der Ortsbehörde (resp. der Ortsbehörden), 3 Lehrern und 3 Personen, welche Kinder in die öffentliche Schule schicken, zusammenzusetzen.

In den Städten sind von den Behörden in der Regel 2 Magistratspersonen und 3 Stadtverordnete in den Schulvorstand zu wählen*). Auch Mütter, dafern sie Kinder zur Schule schicken, können Mitglieder des Schulvorstandes sein.

In grösseren Bezirken, namentlich in grossen Stadtgemeinden, ist die Zahl der Mitglieder zu erweitern; doch soll sie 21 in keinem Falle übersteigen. Ueber die Zusammensetzung hat die Schulordnung genauere Bestimmungen zu enthalten.

§ 126.

Die Wahl in den Schulvorstand erfolgt gruppenweise und zwar so, dass diejenigen, aus deren Mitte die betreffenden Mitglieder des Schulvorstandes zu wählen sind, auch die Wahl vorzunehmen haben.

Zur aktiven und passiven Wählbarkeit gehört Unbescholtenheit und, soweit es die Lehrer betrifft, ständige Anstellung.

Jeder Wahlberechtigte kann sein aktives Wahlrecht nur in einer Gruppe ausüben.

Die Wahl erfolgt auf drei Jahre. Wer die Eigenschaft, auf Grund deren er in den Schulvorstand gewählt worden ist, verliert, hat gleichzeitig auch aus dem Schulvorstande auszuscheiden, Eltern ausgenommen, die auf die Zeit ihrer Wahl im Schulvorstande verbleiben können, auch wenn ihre Kinder inzwischen die Schule verlassen haben; doch sind dieselben nicht aufs neue wählbar.

*) Hier folgte ursprünglich noch der von den Preisrichtern beanstandete Satz: Statt eines der 3 Lehrer kann auch ein Geistlicher aufgenommen werden; doch bedarf dies einer statutarischen Bestimmung in der Schulordnung.

§ 127.

Alle Mitglieder des Schulvorstandes sind vollkommen gleichberechtigt. Nur kann der Vorsitz allein von einem männlichen Mitgliede geführt werden.

Dem Schulvorstande ist es unbenommen, einzelne seiner Geschäfte zur Vorberathung und, wenn dieselben weniger belangreich sind, auch zur endgiltigen Erledigung auf einzelne Mitglieder oder an Deputationen zu vertheilen, die aus seinen Mitgliedern zusammengesetzt sind.

Schulunterhaltungspflicht.

§ 128.

Die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen, soweit sie nicht Staatsanstalten sind, ist zunächst Pflicht der Schulbezirke, ausgenommen, wenn einzelne Gemeinden sich dieselbe ausdrücklich vorbehalten haben (vgl. §. 122). Die Schulunterhaltungspflicht begreift die Beschaffung und Unterhaltung der Schulgebäude, der Lehrerwohnungen, der Turn- und Spielplätze, der Schulgärten und sonstiger Grundstücke, der für den Schulgebrauch erforderlichen Utensilien und Inventarstücke, ingleichen der von der Schule an arme Kinder zu verabreichenden Lehrmittel (§ 61), die Aufbringung der Lehrergehalte und sonstiger Besoldungen und Löhne.

Ueber die Höhe des für die laufende Unterhaltung der Schule erforderlichen Aufwandes, insbesondere der Lehrergehälter und des Aufwandes für Schulentensilien, hat nur der Bezirksschulvorstand, nicht eine einzelne Gemeinde, zu beschliessen.

Ueber die in einem Jahre zu machenden Ausgaben ist spätestens bis Anfang Dezember ein Voranschlag abzufassen und zur Genehmigung an das Kreisschulamt einzureichen.

Bei ausserordentlichen Ausgaben, wie Schulneubauten und dergl., sind in dem Falle, dass sich Ortsgemeinden die Schulunterhaltungspflicht vorbehalten haben, diese zu befragen. Kann zwischen diesen und dem Schulvorstande keine Einigung erreicht werden, so ist die Entscheidung des Kreisschulamtes einzuholen.

§ 129.

Wenn mehrere Gemeinden zu einem Schulbezirke gehören und gemeinschaftliche Schulunterhaltungspflicht beschlossen haben, so ist in der Schulordnung festzustellen, nach welchem Masse die einzelnen

Gemeinden dazu beizutragen haben. In der Regel ist die Landessteuer als Massstab anzunehmen. Die Einrede, dass einzelne Ortschaften in ihrem Schulwesen vor anderen besonders begünstigt und daher zu erhöhten Beiträgen verpflichtet wären, ist in der Regel nicht zulässig, weil alle Volksschulen eines Bezirkes gemeinschaftliches Eigenthum desselben sind, und es jedem Familienvater freisteht, seine Kinder in solche Schulen des Bezirks zu schicken, welche einer höheren Ordnung angehören (§ 112), die grössere oder geringere räumliche Entfernung vom Schulhause seitens der zu Beiträgen Verpflichteten aber auf die Höhe der Beiträge einen Einfluss nicht ausüben kann.

§ 130.

Wenn die zu einem Bezirke gehörigen Ortsgemeinden, beziehentlich eine derselben, mit der ihnen vom Bezirksschulvorstande angesonnenen Schulsteuer nicht einverstanden sind, so steht ihnen das Recht der Berufung an das Kreisschulamt und durch dieses an die höheren Behörden zu. Stellt sich hierbei heraus, dass eine Gemeinde unvermögend ist, den Schulaufwand aus eigenen Mitteln aufzubringen, so hat der ganze Bezirk dafür einzutreten.

Im Unvermögensfalle des ganzen Bezirks ist aus Staatsmitteln eine Unterstützung zu gewähren. Eine solche Unterstützung kann wenig bemittelten Gemeinden gegenüber namentlich dann nicht abgelehnt werden, wenn es sich um die Gewährung von Alterszulagen an länger im Amte befindliche Lehrer handelt.

Anstellung der Lehrer.

§ 131.

Die Anstellung ständiger Lehrer erfolgt von Seiten des Schulvorstandes und unter Mitwirkung des Kreisschulamtes in der Weise, dass auf Mittheilung des Schulvorstandes von der Erledigung einer Stelle (a) das Kreisamt dieselbe ausschreibt (b) und die Gesuche entgegennimmt (c), der Schulvorstand drei der Bewerber, resp. Nichtbewerber zur Probe designirt (d), unter Vorsitz des Erziehungsdirektors oder eines anderen Mitgliedes des Kreisschulamtes die Probe abnimmt (e), ohne anderweitige Mitwirkung die Wahl vollzieht (f), das Kreisschulamt die vom Provinzialschulkollegium einzuholende staatliche Bestätigung (oder Ablehnung) ausspricht (g) und schliesslich der Erziehungsdirektor in Gegenwart des Schulvorstandes den neuen Lehrer in sein Amt einweist (h).

Die Anstellung unständiger Lehrer (§ 85) besorgt der Schulvorstand. Stellvertreter werden ohne Probe und, wenn sie vom Kreisschulamte verlangt werden, ohne Befragung des Schulvorstandes angestellt.

Bei der Wiederwahl ständiger Lehrer (§§ 85, 138) hat der Schulvorstand durch einige seiner Mitglieder und unter Hinzuziehung von Angehörigen der wählenden Schulgemeinde das Wahlgeschäft zu leiten.

Lehrerprobe.

§ 132.

Den Lehrerproben haben die Schulvorstandsmitglieder möglichst zahlreich beizuwohnen. Die von den Probenden zu lösenden Aufgaben haben die im Schulvorstande sitzenden Lehrer zu stellen und in erster Linie zu beurtheilen. Die Wahl erfolgt durch den Gesamtvorstand und ist geheim.

Schulaufsicht.

§ 133.

Neben der technischen Leitung des Oberlehrers (§ 90) und über dieselbe führt der Schulvorstand namens des Schulbezirkes die Aufsicht über das gesammte öffentliche und Privatschulwesen des Bezirkes. Ausgenommen sind nur diejenigen Anstalten, welche der Aufsicht der höheren Behörden vorbehalten sind (§§ 142, 149). Der Schulvorstand ist ebenso berechtigt, wie verpflichtet, nicht nur von dem äusseren Zustande seines Schulwesens, sondern auch von dem inneren Gange desselben Kenntniss zu nehmen. Auch die äussere Lebensführung der Lehrer ist, wenn sie zu berechtigten Ausstellungen Anlass giebt, der Beurtheilung des Schulvorstandes unterstellt. Doch sind die einzelnen Schulvorstandsmitglieder keineswegs berechtigt, ihre Wahrnehmungen den betreffenden Lehrern direkt zu übermitteln; vielmehr kann dies nur durch den Vorsitzenden und zwar auf Beschluss des Schulvorstandes geschehen.

Glaubt sich der Schulvorstand mit der Erklärung des zur Verantwortung gezogenen Lehrers nicht befriedigen zu können, oder ist letzterer der Meinung, dass die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen oder Ausstellungen unberechtigt sind, so steht beiden Theilen die Berufung an die höhere Behörde und zwar zunächst an das Kreisschulamtsamt offen. Dies gilt unter andern auch, wenn der Schulvor-

stand das Aufrücken in eine höhere Gehaltsstaffel beanstandet, und der davon betroffene Lehrer sich dabei nicht zufrieden geben will (§ 93).

§ 134.

Bei Differenzen zwischen Eltern und Lehrern ist vor Anrufung des Gerichts oder einer höheren Schulbehörde zuerst die Entscheidung des Schulvorstandes herbeizuführen, der vor allem auf einen gütlichen Ausgleich hinzuwirken hat.

Eignet sich der Fall zur Klagstellung, so ist ausser den streitenden Parteien auch der Schulvorstand hierzu berechtigt, wenn der streitige Fall die Schule oder einen Lehrer in seiner amtlichen Stellung in verletzender Weise berührt.

Soll gegen einen Lehrer das Disziplinarverfahren eingeleitet werden, so hat die erste Untersuchung der Schulvorstand vorzunehmen.

§ 135.

Bleibt bei ungerechtfertigten Versäumnissen der Schüler (§§ 82, 83) die Mahnung von Seiten des Lehrers (§ 105) fruchtlos, so hat der Schulvorstand auf Abstellung des Uebels hinzuwirken und zwar durch persönliche Erforschung der Ursachen und nach Befinden durch Rüge und Bestrafung der säumigen Eltern. Bei der erstmaligen Bestrafung für Versäumnisse oder unpünktlichen Schulbesuch (Zuspätkommen) des Kindes beträgt die Geldbusse 1 Mark; im Wiederholungsfalle kann sie bis auf 10 Mark oder entsprechende Gefängnisstrafe erhöht werden. Letzteres hat dann stattzufinden, wenn sich bei den Versäumnissen offenbare Widersetzlichkeit auf Seiten der Eltern kundgiebt. Der Schulvorstand hat in diesem Falle Anzeige mit Angabe seines Beschlusses an die Gerichtsbehörde zu erstatten.

Aufnahme. Schulprüfungen.

§ 136.

Der Schulvorstand hat die nach § 65 für die Aufnahme der Kinder nöthigen Erhebungen und sonstigen Vorarbeiten auszuführen, auch nach § 71 sich durch Theilnahme an den Schulprüfungen Kenntniss von dem Stande seiner Schulen zu verschaffen.

Archiv.

§ 137.

Ueber alle Eingänge beim Schulvorstande hat dieser eine Register und über alle Verrichtungen von grösserem Belang abge-

sonderte Aktenstücke zu führen, diese auch und alle sonstigen Schriftstücke, sowie die von dem Oberlehrer und den Lehrern geführten Tabellen u. s. w. (§ 63) im Schularchive aufzubewahren.

Schulgemeinde.

§ 138.

Die Schulgemeinde (§ 113), deren Rechte und Pflichten, soweit sie sich auf die einzelnen Mitglieder als Eltern beziehen, bereits im 8. Abschnitte dieses Gesetzes zusammengestellt worden sind, hat nach § 85 das besondere Recht auszuüben, bei Lehrern, deren sechsjährige Anstellungszeit abgelaufen ist, über die weitere Beibehaltung Entscheidung zu treffen.

Der Schulvorstand hat hierzu die nöthigen Vorbereitungen zu treffen und das Wahlgeschäft zu leiten (§ 131).

Die Schulgemeinde ist zu diesem Behufe auf einen bestimmten Tag (vgl. § 85) zusammenzurufen und hat mit Ja oder Nein über die Wiederwahl oder Nichtwahl des Lehrers zu entscheiden. Die Abstimmung ist geheim. Wenn nicht die absolute Mehrheit aller Stimmberechtigten der Schulgemeinde sich für Nichtwiederwahl ausspricht, so gilt der Lehrer auf Lebenslang gewählt.

ELFTER ABSCHNITT.

Schulregiment.

A. Das Kreisschulamt.

§ 139.

Das Kreisschulamt ist eine königliche Behörde, zusammengesetzt aus dem vom Könige zu ernennenden Erziehungsdirektor und 4 Amtsschulräthen. Letztere werden in gemeinsamer Sitzung sämtlicher Schulvorstände des Kreises und zwar auf die Zeit von 5 Jahren gewählt.

§ 140.

Der Erziehungsdirektor führt die laufenden Geschäfte, während die Amtsschulräthe nur zu besonderen Sitzungen einberufen werden. Die letztgenannten Mitglieder des Kreisschulamts bleiben im aktiven Schuldienste, können sich hierin aber, wenn nöthig, vertreten lassen.

Sie beziehen als Schulräthe keine Gehälter, sondern nur Fahr- und Tagegelder, und zwar als letztere täglich 10 Mark.

§ 141.

Der Erziehungsdirektor ist verpflichtet, beziehentlich unter Assistenz eines Amtsschulraths, jährlich einmal sämmtliche Schulen seines Kreises zu besuchen und von den Leistungen derselben und der Innehaltung der gesetzlichen Vorschriften Kenntniss zu nehmen.

Insbesondere hat er hierbei auch seine Aufmerksamkeit auf den Zustand der Schulgebäude, Schultensilien, Heizungs- und Ventilationseinrichtungen, ingleichen auf den Schulbesuch, auf die Lehrerbessoldungen und auf die Fortbildung und das Vereinswesen der Lehrer zu richten.

§ 142.

Unter der unmittelbaren Aufsicht des Kreisschulamtes stehen ferner die in dem Kreise befindlichen

staatlichen Volksschulen,

die Taubstummen-, Blinden-, Idioten- und Besserungsanstalten,

die Gymnasien,

die Realschulen und

die Seminare.

§ 143.

Durch den Erziehungsdirektor finden ihre Erledigung alle rein geschäftlichen Eingänge, insbesondere alle Vermittelungen zwischen den höheren Behörden und den Schulvorständen, soweit sie keiner eingehenden Begutachtung bedürfen, ferner weniger belangreiche Entscheidungen, alle Schulstellenausschreibungen u. s. w.

§ 144.

Dagegen sind die Amtsschulräthe bei allen Fragen von Bedeutung zur Berathung und Beschlussfassung heranzuziehen, insbesondere bei der Abgrenzung der Schulbezirke (§§ 115, 116), bei der Prüfung und Genehmigung der Schulordnungen (§ 124),

bei Entscheidungen über die Schulunterhaltungspflicht (§ 128),

bei der Auswahl der Lehrmittel für den Kreis (§ 62),

bei der Festsetzung von Gehaltsaufbesserungen (§ 94),

bei der Prüfung von Schulbauplänen,

bei Disziplinaruntersuchungen gegen Lehrer,

bei allen streitigen Fällen zwischen Schulvorständen, Eltern und Lehrern, insbesondere auch bei Beschwerden wegen Verhinderung im statutenmässigen Aufrücken (§§ 93, 133).

B. Das Provinzialschulkollegium.

§ 145.

Als oberste Schulbehörde in jeder Provinz fungirt das Provinzialschulkollegium. Seine Mitglieder heissen Provinzialschulräthe und werden zur Hälfte vom Könige ernannt, während die andere Hälfte von den verschiedenen Schulen (vgl. den folgenden §) und zwar auf die Zeit von 7 Jahren gewählt wird. Erstere führen das Prädikat königliche Schulräthe.

§ 146.

Provinzialschulräthe auf Zeit werden gewählt:

- 1 von der Universität der Provinz durch das Professorenkollegium,
- 1 von den Handels-, Gewerb- und polytechnischen Schulen durch ihren Provinzialschulvorstand,
- 1 von den Seminaren durch ihren Provinzialschulvorstand,
- 1 von den Gymnasien „ „ „
- 1 von den Realschulen „ „ „
- 2 von den Volksschulen durch die Kreisschulämter in gemeinschaftlicher Sitzung.

Ist eine der zur Wahl berechtigten Schulkategorien in der Provinz nicht vorhanden, so kommt auch ihre Vertretung im Provinzialschulkollegium in Wegfall.

§ 147.

Die königlichen Provinzialschulräthe haben die fortlaufende Verwaltung der Geschäfte zu besorgen, während die auf Zeit gewählten Schulräthe entweder zu gemeinschaftlichen Sitzungen des gesammten Provinzialschulkollegiums, oder zu Konferenzen mit einzelnen von den königlichen Schulräthen, oder zur Ausführung besonderer Arbeiten auf kürzere oder längere Zeit einberufen werden. Mit der Verwaltung ihrer Schulstellen ist in der Zeit ihrer Abwesenheit wie mit denen der Amtsschulräthe (vgl. § 140) zu verfahren.

Die Provinzialschulräthe auf Zeit bekommen Fahr- und Tagelöhner und zwar letztere in der Höhe von 20 Mark.

§ 148.

Das Provinzialschulkollegium ist in der Hauptsache Vermittlungsinstanz zwischen dem Ministerium und den Kreisen und Bezirken. Als solche hat es:

1. alle Verordnungen und Verfügungen des Ministeriums an die niederen Behörden überzuleiten,
2. alle zur Entscheidung des Ministeriums vorgelegten Eingaben der unteren Behörden oder einzelner Personen zu begutachten, und
3. alle statistischen Mittheilungen aus der ganzen Provinz übersichtlich zu ordnen und zusammenzustellen.

§ 149.

Eine selbständige Thätigkeit kommt dem Provinzialschulkollegium zu als Behörde zur besonderen Aufsicht über die Universitäten, die polytechnischen Hochschulen und Akademien, und zur Wahl und Anstellung der Lehrer an den den Kreisschulämtern zur besonderen Beaufsichtigung unterstellten höheren Lehranstalten (Gymnasien, Realschulen, Seminaren).

C. Das Ministerium für das Schulwesen.

§ 150.

Die oberste Behörde, welcher die Beaufsichtigung und Oberleitung des gesammten niederen und höheren, öffentlichen und privaten Schulwesens zukommt, ist das Ministerium für das Schulwesen.

Es wird in Zukunft getrennt von dem Ministerium für Kultus und medizinische Angelegenheiten verwaltet.

Sämmtliche Mitglieder des Ministeriums werden vom Könige ernannt.

§ 151.

Als besondere Gegenstände der Wirksamkeit kommen dem Ministerium zu:

1. der Erlass von Verordnungen und Verfügungen, welche einen Zweig des Schulwesens — des niederen oder höheren — im ganzen Lande oder an einzelnen Universitäten, polytechnischen Hochschulen und Akademien betreffen, insbesondere auch die Empfehlung oder das Verbot neuer Lehrmittel, Unterrichtspläne u. dergl.;
2. die Einrichtung solcher höheren Lehranstalten, die von Staatswegen zu unterhalten beschlossen worden sind;

3. die Bestätigung aller im Gesetze der obersten Schulbehörde vorbehaltenen Entscheidungen, insbesondere inbezug
 - a) auf Versetzung von Lehrern in den Ruhestand (§ 99, 2) und
 - b) Beurlaubung derselben (§ 97);
4. die Ernennung der Kommissionen für die Lehrerprüfungen;
5. die Entscheidung bei Rekursen gegen die Massnahmen und Entscheidungen der Kreisschulämter und Provinzialschulkollegien;
6. die Disziplinargewalt über Lehrer in dem § 91 angegebenen Umfange.

ZWÖLFTER ABSCHNITT.

Konferenzen, Synoden, Lehrervereine.

Offizielle und freie Vereinigungen.

§ 152.

Die Vereinigungen der Lehrer theilen sich in freie und offizielle. Letztere führen den Namen Konferenzen und Synoden; erstere sind Vereine und einer offiziellen Beeinflussung oder Aufsicht nicht unterworfen.

Offizielle Vereinigungen.

§ 153.

Die offiziellen Vereinigungen haben theils den Zweck, in die kleineren zusammengehörigen Gruppen des Schulwesens eine gewisse Uebereinstimmung des Handelns zu bringen; theils sollen sie — analog den Handels- und Gewerbekammern und den Kirchensynoden — Korporationen sein, die zur Begutachtung noch unerledigter Schulfragen von den Behörden sowohl, wie von den Berufsgenossen, ausserdem aber auch von den letzteren dazu benutzt werden können, Massregeln der gesammten Lehrerschaft zu bewerkstelligen, oder Kundgebungen derselben zum Ausdruck zu bringen.

Jede Konferenz und Synode hat die über ihre Sitzungen aufgenommenen Protokolle, ingleichen alle inbezug auf ihre Thätigkeit ergangenen Schriftstücke zu sammeln und aufzubewahren.

Konferenzen.

§ 154.

Jede Gruppe von Lehrern, die einem Oberlehrer unterstellt ist, gehört zu einer Konferenz zusammen. Die Konferenz hat sich jährlich mindestens viermal zu versammeln.

Die Konferenz hat die Aufgabe, das gesammte innere Leben einer einem Oberlehrer unterstellten Schule oder Gruppe von Schulen nach gemeinsamen Beschlüssen zu regeln.

An sie kann sich auch der Schulvorstand wenden, um gutachtliche Aeusserungen in Schulfragen einzuholen.

§ 155.

In der Konferenz sind alle Lehrer gleichberechtigt; der Oberlehrer, der den Vorsitz führt, ist nur der Erste unter Gleichen und daher den Beschlüssen der Konferenz, wie jeder andere Lehrer, unterworfen.

Beschwerden des Oberlehrers oder eines anderen Lehrers über einen Konferenzbeschluss sind dem Schulvorstande zur Entscheidung zu unterbreiten. Ist die Beschwerde in der Konferenz selbst rechtzeitig angemeldet und spätestens am Tage darauf an den Schulvorstand abgegeben worden, so ist die Ausführung des Konferenzbeschlusses zu beanstanden, bis die Antwort des Schulvorstandes eingegangen ist. Ist eine solche binnen 8 Tagen nach Abgang der Beschwerde nicht erfolgt, so ist der Konferenzbeschluss als von dem Schulvorstande genehmigt anzusehen. Inzwischen bleibt es in Angelegenheiten, die einen so langen Aufschub nicht ertragen, der Konferenz unbenommen, auf eigene Verantwortung hin ihre Beschlüsse auszuführen, ohne die Beschlüsse des Schulvorstandes abzuwarten.

Sowohl der Konferenz, wie dem einzelnen Mitgliede derselben steht der Weg des Rekurses an das Kreisschulamt offen.

§ 156.

Der Erziehungsdirektor hat die Lehrer seines Kreises alljährlich zu einer Kreiskonferenz zusammenzurufen. Dieselbe hat in der wärmeren Jahreszeit und zwar an einem Vormittage stattzufinden. Zum mindesten sind ein wissenschaftlicher Vortrag von seiten eines Mitgliedes der Konferenz und eine vom Erziehungsdirektor zu erstattende übersichtliche Darstellung der Jahresarbeit des ganzen Kreises auf die Tagesordnung zu stellen. An die Vorträge sind

Diskussionen anzuknüpfen; auch steht es jedem Theilnehmer frei, Anfragen zu stellen, oder Gegenstände von allgemeinem Interesse, die jedoch zuvor bei dem Erziehungsdirektor anzumelden sind, zur Besprechung zu bringen.

Dem Kreisschulamte ist es unbenommen, bei wichtigen Entscheidungen das Urtheil der Kreiskonferenz einzuholen.

Lehrersynode.

§ 157.

Als oberstes Fachmännerkollegium in Volksschulangelegenheiten fungirt die Landeslehrersynode, die aus 26 vom Könige ernannten und 26 von der Lehrerschaft erwählten Männern zusammengesetzt ist. Die vom Könige zu ernennenden Synodalmitglieder brauchen nicht aus der Mitte der aktiven Lehrer gewählt zu sein, während sich die Lehrerschaft nur an Volksschullehrer, zu welchen auch die Amtsschulräthe, ingleichen die nichtständigen Provinzialschulräthe zu rechnen sind, zu halten hat.

§ 158.

Die Lehrersynode ist bei allen belangreichen Verfügungen des Ministeriums, insbesondere bei dem Erlasse von Verordnungen und bei der Abfassung von Entwürfen zu schulgesetzlichen Bestimmungen zur Begutachtung herbeizuziehen.

Lehrervereine.

§ 159.

Alle Lehrervereine sind den allgemeinen Vereinsgesetzen unterworfen und haben als solche ihre Statuten bei den zuständigen Behörden abzugeben.

So lange sie sich in ihrer Vereinsthätigkeit lediglich auf die Berathung und Durchführung von Schul- und Lehrerangelegenheiten beschränken und dabei nirgends mit den Bestimmungen vorliegenden Schulgesetzes in Widerspruch gerathen, oder so lange sie Gemeinde- und Staatseinrichtungen, welche für das Schulwesen oder die Lehrerinteressen massgebend sind, in einer Weise besprechen, wie es jedem anderen Staatsbürger gestattet ist, so lange ist es ihnen unverwehrt, mit anderen preussischen und deutschen Lehrervereinen, welche dieselbe Tendenz verfolgen, in Verbindung zu treten.

Verfolgen Lehrervereine andere, insbesondere politische Zwecke, so sind sie als politische Vereine anzumelden, und ein Zusammenschluss mit anderen Vereinen ist nicht statthaft.

Lehrerversammlungen.

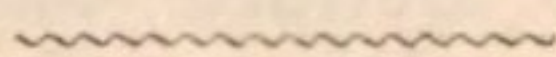
§ 160.

Versammlungen preussischer oder deutscher Lehrer in Preussen abzuhalten, ist gestattet; nur sind sie den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen über das Versammlungsrecht unterworfen. Sie sind von den Behörden nicht als politische, sondern als wissenschaftliche Versammlungen anzusehen und zu behandeln.

ANHANG.

Seminargesetz.

.....



.....

.....

Skizzen zu den Motiven für den Entwurf eines preussischen Schulgesetzes.

Grundlagen des Schulgesetzes.

Da, wo nicht einzelne Herren, sondern ganze Völker Gesetze geben, gilt es als ein Grundsatz, dass das Gesetz dem Leben nicht vorangeht, sondern sich aus dem Leben heraus gestaltet. Gute Gesetze thun demnach eigentlich nichts anderes, als: sie stellen für das im praktischen Leben bereits als vorzüglich brauchbar Erfundene allgemeine Normen auf und geben denselben, soweit dies überhaupt wünschenswerth ist, allgemeine Geltung.

Das Schulwesen ist seinem inneren Wesen, namentlich im gesammten deutschen Vaterlande, nach so beschaffen, dass es die Aufstellung solcher allgemeinen Normen zulässt, die sich zu einem Schulgesetze gestalten, das nicht allein für Preussen, sondern für ganz Deutschland brauchbar sein würde.

Bei der Abfassung eines solchen Gesetzes sind in Betracht zu ziehen:

1. die bereits bestehenden Schulgesetze und Verordnungen, namentlich soweit sie sich schon als in hohem Grade brauchbar erwiesen haben;

2. die Formen, welche, abweichend von den Gesetzen oder in weiterer Entwicklung aus denselben, die Schulverhältnisse an solchen Orten praktisch angenommen haben, in denen man dem Schulwesen eine besonders aufmerksame und wohlwollende Pflege hat zu theil werden lassen;

3. die Forderungen der Pädagogik, wie sie in Lehrbüchern und Zeitschriften, auf Lehrerversammlungen und in Konferenzen ausgesprochen worden sind; und

4. die Anschauungen einsichtsvoller Staatsmänner und Gelehrten, soweit sie sich auf das Schulwesen beziehen.

Plan des Schulgesetzes.

Das Schulgesetz hat, indem es Wesen und Aufgabe der Schule feststellt, zuerst in allgemeinen Umrissen eine Darstellung von der durch das Gesetz anzustrebenden gesammten Schule und sodann ein weiter ausgeführtes Bild von der Volksschule, ihrer Klassenbildung und den in diesen Bereich gehörenden Bildungsanstalten zu geben.

Es hat ferner genaue Mittheilung über die Faktoren zu machen, mit welchen jenes Ziel zu erreichen ist. Als solche sind anzusehen:

die verschiedenen Hilfsmittel, deren sich die Schule zu bedienen hat,

die Einrichtungen u. s. w., welche in der inneren Schulverwaltung zu treffen sind, und

die Personen, in deren Hand sich die innere Schulverwaltung befindet, die Lehrer.

Es hat ferner die Konkurrenten am Erziehungsgeschäft, die Eltern, mit ihren Rechten und Pflichten ins Auge zu fassen, und sodann

die äussere Schulverwaltung darzustellen, namentlich soweit sie die öffentlichen Schulen betrifft. Hierbei ist der Antheil, den der Staat zu nehmen hat, von dem der Gemeinde zu trennen, und hierauf

der Kreis der Rechte und Pflichten der Gemeinden oder der an ihre Stelle tretenden grösseren Gemeinschaften festzustellen.

Im letzten Hauptstücke endlich ist zu behandeln die staatliche Schulaufsicht, wie sie sich neben der Gemeindeautonomie aus dem Grunde der allgemeinen Staatsidee entwickelt.

Dem folgenden Stücke — „offizielle und private Vereinigungen“ — sind einige Bestimmungen zu widmen, um erstens den Lehrervereinen, diesen wohlthätigen Anstalten, aus der zweifelhaften Stellung, welche sie zum Vereinsgesetze einnehmen, herauszuhelfen, und sodann in den Synoden an Stelle der zeither oft sehr willkürlich zusammengesetzten Fachmännerkollegien Korporationen zu schaffen, welche wirklich als der Ausdruck der Lehrerschaft anzusehen sind.

Schliesslich wird in einem Anhange, der sich noch besser zu einem besonderen Gesetze eignen würde, die Lehrerbildung präzisirt.

Titel.

(Zugleich zu § 150.)

Es ist mehrfach, und zwar nicht erst neuerdings vorgekommen, dass man den Namen „Schulgesetz“ mit „Unterrichtsgesetz“ vertauscht hat, wie man auch in mehreren Ländern von einem „Unterrichtsministerium“, in Russland sogar von einem „Ministerium für öffentlichen Unterricht und Volksaufklärung“ spricht.

Handelte das Schulgesetz nur von Unterricht, hätte das betreffende Ministerium es nur mit dem Unterrichte zu thun, so wäre gegen jene Namen nichts einzuwenden. Es würde dies beispielsweise eintreten, wenn es sich hier bloss um Universitäten, Kunstakademien und ähnliche Lehranstalten handelte. Dies ist aber nicht der Fall; ja, es kommen bei der Thätigkeit des fraglichen Ministeriums nur zu einem sehr geringen Theile jene höchsten Unterrichtsanstalten in Betracht; vielmehr fällt der überwiegend grössere Theil gerade der Volksschule zu. Und gäbe es ein Gesetz, welches alles auf sämtliche Schulen Bezügliche vollständig umfasste, so würde wiederum die Volksschule einen sehr bedeutenden Theil davon einnehmen, wie sie ihn thatsächlich in allen bestehenden Schulgesetzen einnimmt.

Die Volksschule und zu einem immerhin nicht unbeträchtlichen Theile auch die höheren Unterrichtsanstalten haben sich aber keineswegs auf den Unterricht zu beschränken, sondern auch und ganz besonders die Erziehung ins Auge zu fassen. Ein grosser Theil der Schulerziehung wird aber ausgeführt ohne Unterricht. Dieser Theil der Schulthätigkeit nun bildet gerade in der Schulgesetzgebung ein so wichtiges Stück, dass dasselbe ohne erhebliche Schädigung des Ganzen gar nicht würde fehlen können. Ist dies aber der Fall, so ist es nicht zweckmässig, dem Gesetze einen Titel zu geben, der den Verdacht zulässt, als sei jener wichtige Theil der Schularbeit in dem Gesetze gar nicht behandelt.

Dieser Verdacht ist aber sogleich zu vermeiden, wenn man den schlichten Titel Schulgesetz wählt. Möglich freilich, dass diese Bezeichnung nicht jedermann gewählt genug klingt. In geschraub-

ten Bezeichnungen aber seine Stärke zu suchen, das können die Deutschen wohl füglich anderen Nationen überlassen.

Was aber hier von dem Namen „Unterrichtsgesetz“ gesagt ist, gilt ebenso und in demselben Masse von dem „Unterrichtsministerium“.

Wesen und Aufgabe der Schule.

(§§ 1 – 9.)

Wenn es in den Motiven zu einem früheren Schulgesetzentwurfe hiess: „Es ist Aufgabe eines Schulgesetzes, jeder der beiden Gewalten, dem Staate und der Kirche, dasjenige zuzutheilen und gesetzlich zu garantiren, was jede und beide zusammen zur Erfüllung ihrer Aufgabe an der Schule und zur Erreichung ihrer Zwecke durch dieselbe bedürfen“, — so ist damit die einem Schulgesetze gestellte Aufgabe durchaus falsch gekennzeichnet.

Jeder Mensch ist zunächst und vor allem um seiner selbst willen da, er ist Selbstzweck. Die Dienste, welche er infolge des Zusammenlebens mit anderen diesen zu leisten verpflichtet ist, sind ihm ganz in demselben Masse die anderen zu leisten schuldig. Kein Mensch, heisse er, wie er wolle, hat vor anderen das Recht voraus, zu existiren oder anderer Kräfte in seinen Nutzen zu verwerthen, um ein menschenwürdigeres Dasein zu führen. Jede Dienstleistung kann nur freiwillig sein und setzt eine äquivalente Gegenleistung anderer voraus. Wo es anders ist, wo es einzelnen freisteht, andere zu ihrem Nutzen, zu ihrem Vergnügen, zur Fröhnung von Herrschaftsgelüsten oder niederen Leidenschaften auszubeuten oder beliebig zu verwenden, da besteht Herrenthum neben Sklaverei, da sind Gewalthaber und Knechte.

Ebenso wenig, wie Menschen um anderer Menschen willen da sind, oder ihren Sonderzwecken zu dienen haben, ebenso wenig sind die Menschen um einer menschlichen Einrichtung willen da. Der Staat ist eine menschliche Einrichtung. Der Staat kann und darf keinen andern Zweck haben, als den, seine Gesetze und Einrichtungen jedem Staatsbürger unvermindert zum Nutzen gereichen zu lassen. Der Staat ist nicht Selbstzweck; ein Staat, dessen Leiter dies anstreben, wäre naturwidrig. Alle staatlichen Einrichtungen müssen also derart sein, dass die inmitten derselben lebenden Menschen die Zwecke möglichst vollkommen erreichen können, welche

ihnen auf Grund ihrer natürlichen Beschaffenheit vorgezeichnet sind. So lange andere Menschen durch dieses Streben nicht beeinträchtigt werden, hat die Gesammtheit, also der Staat, kein Recht, sich darein zu mischen. Ein Staat würde seine Aufgabe vollständig verkennen, wenn er es sich wollte angelegen sein lassen, die einzelnen zu zwingen, glücklich zu sein oder zu werden. Nur das, was im Interesse aller oder wenigstens der grossen Mehrheit nothwendig ist, soll Aufgabe des Staates sein; was vielen nützen kann und durch ein Zusammenwirken aller im Staate am besten zu Stande kommen würde, kann wohl Aufgabe des Staates sein, muss es jedoch nicht sein.

Hiernach ist zu bemessen, welches die Staatsaufgabe auf dem Gebiete des Schulwesens, also auch auf dem der Schulgesetzgebung ist, und damit ist die Aufgabe der öffentlichen Schule überhaupt bestimmt.

Die Gesammtheit hat ein Interesse daran, dass jeder einzelne — dafern er nicht bildungsunfähig ist — ein gewisses Minimum von Kenntnissen besitze, weil er ohne dieses gewisse jedem Staatsbürger obliegende Funktionen nicht würde erfüllen können, und weil er inmitten der bestehenden Kulturzustände ausser Stande sein würde, sein physisches Leben zu erhalten, sondern unzweifelhaft der öffentlichen Unterstützung anheimfallen müsste.

Die Gesammtheit hat auch ein Interesse daran, dass der einzelne theils durch Gewöhnung, theils durch Erwerbung richtiger Anschauungen soweit sittlich gebildet werde, dass er die allgemeine Ordnung nicht störe, sondern fördere.

Soviel muss von jedem Menschen gefordert werden, und daher muss es auch das Minimum dessen sein, bis wohin jeder Mensch durch den Unterricht und die Erziehung in der Schule gelangt. Mehr zu fordern, hat der Staat kein Recht; wohl aber kann er Gelegenheit bieten und soll sie bieten, und zwar möglichst allgemein, dass jeder befähigte Mensch zu einer höheren Bildung gelangen könne. Das Dispositionsrecht darüber, ob ein Mensch davon Gebrauch machen will, muss aber diesem selbst, oder, wenn er noch unreif ist, seinen natürlichen Vormündern, den Eltern, überlassen bleiben.

Während aber dem Staate nur das Recht zusteht, ein gewisses Minimum zu fordern, sind die Eltern berechtigt, das Maximum zu verlangen. Bei der Bestimmung desselben steht ihnen die päd-

gogische Wissenschaft rathend zur Seite, und es muss zugestanden werden, dass die Eltern fast allgemein dieser Führerin bereitwilliger folgen, als die Regierungen, und dass sie ihr noch weit mehr folgen würden, wenn letztere ihnen ihr natürliches Bestimmungsrecht im Erziehungswesen unverkümmert zugeständen.

Das Minimum dessen, was die Schule, als von den Eltern beauftragt, dem Kinde bieten soll, bestimmt sich (NB!) aber nicht durch eine Verminderung dessen, was andere Kinder auf derselben Altersstufe lernen, und was vielleicht als Maximum bezeichnet werden könnte. Das Minimum ebenso, wie das Maximum, umfasst bloss das Mass der Schuljahre, beziehentlich die Schulen, welche diesem Masse entsprechen.

Das Minimum dessen, was jedes Kind zu lernen hat, ist die Aufgabe der allgemeinen Volksschule. In demselben Rahmen kann es aber kein Mehr, kein Maximum geben. Von einem Minimum und Maximum innerhalb der Aufgabe der Volksschule zu reden, ist überhaupt unstatthaft, da alle Unterschiede in den Zielen der Volksschulen verwerflich sind. Denn was dem Einen zu wissen noth thut, thut allen zu wissen noth, und darum darf nicht in besonderen Fällen oder sogar für die Mehrheit der Kinder im Staate tiefer gegriffen werden, als es durch jenes Maass bezeichnet wird; — also ist dies das Minimum. Was aber über dieses Mass hinaus gethan wird, ist vom Uebel, weil es einerseits die intensive Ausbildung der intellektuellen Kräfte und andererseits die physische Entwicklung hindert; und darum darf auch nicht in einzelnen Fällen oder sogar für eine starke Minderheit höher gegriffen werden; also bezeichnet jenes Mass auch zugleich das Maximum.

(§§ 13—18.)

Der einzige Unterschied, der zu dulden ist, ja, der vielmehr aufs fleissigste gepflegt werden muss, liegt in der Klassenzahl der Schulen und der daraus resultirenden Theilung der Arbeit. In kleinen Ortschaften sind nur zweiklassige (Halbtags-)Schulen möglich; einklassige sind auf alle Fälle verwerflich. In grösseren Ortschaften ist die Klassifizirung so weit als möglich auszudehnen; und die siebenklassige Schule mit getrennten Geschlechtern (also eigentlich die vierzehnklassige Schule) ist das höchste zu erstrebende Ziel. Der Vortheil, den die Mehrklassigkeit gewährt, liegt aber nicht in

der Vermehrung des Lehrmaterials nach Ziel und Umfang, sondern in der grösseren Vertiefung auf demselben Gebiete.

(§ 15.)

Schulbildung ist eine Kapitalanlage für die Zukunft. Wo allzu grosser Eigennutz sich weigert, die erforderlichen Opfer dem nachfolgenden Geschlechte zu bringen (durch mangelhafte Unterstützung, durch verkehrte Forderungen an die Schule, durch Zurückhalten der Kinder von der Schule), da hat die Gesammtheit, der Staat, das Recht, einzutreten und durch Anwendung von Zwangsmassregeln dem mangelnden guten Willen nachzuhelfen.

Allgemeine Schule.

(§ 17.)

Zur Vertheidigung der Standesschule hat man wiederholt darauf hingewiesen, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse eine Gleichstellung aller Menschen nicht zulassen, dass vielmehr auch Leute da sein müssten, welche die niedrigsten Dienste in der Gesellschaft verrichteten. Ferner, dass man nur unzufriedene Menschen erziehen würde, wenn man allen gleiche Bildung geben wollte.

Tritulke

Darin liegt ein grosser Irrthum, wenn nicht etwas Schlimmeres.

Allen Menschen gleiche Bildung zu geben, ist unmöglich; möglich nur ist, ihnen gleichen Unterricht zu gewähren. Wie ungleich aber der Bildungserfolg bei gleichem Unterrichte ist, das weiss jeder Lehrer; und jeder halbwegs denkende Mensch kann sich vorstellen.

Bei gleichem Unterrichte werden ungleicher Fleiss, ungleiche Anlagen, ungleiche Unterstützung von Seiten der Eltern und manches andere schon das Ihrige thun, um eine (künstliche!) Gleichmacherei nicht aufkommen zu lassen. Es werden also Unterschiede entstehen, und diese werden dann massgebend sein für die künftige Lebensstellung eines Menschen. Wenn dann der Sohn des Kärners zu hohen Ehren gelangt, wenn der aus edlem Blute Entprossene, der Träger eines vornehmen Namens zum geringen Arbeiter herabsinkt, dann wird man nichts anderes, als etwas durchaus Selbstverständliches und Naturgemässes darin erkennen.

Weil man aber mit der Standesschule die Standesunterschiede künstlich hervorruft, weil sehr oft der geistige Schwächling, begünstigt durch Protektion und Geld, eine Stellung weit über dem Hochbegabten gewinnt, deshalb wird das bestehende soziale Elend um so tiefer empfunden, deshalb vor allem die Unzufriedenheit in den unteren Volksschichten. Diese Unzufriedenheit zu heben, wäre nichts so geeignet, wie die in konsequenter Durchführung bis zur Hochschule hinauf allgemeine, allen in gleichem Masse geöffnete Schule.

Möglich, dass in dieser Beseitigung der Unzufriedenheit sogar eine gewisse Gefahr läge, die Gefahr des zu grossen Friedens. Das heute so mächtige, aber doch stets bekämpfte Ausbeutungssystem würde dann sicher zu grösserer Blüte gedeihen, weil die Plackesel der untersten Schichten dann wirklich auch nur die geistig am tiefsten Stehenden sein würden, Leute, denen in ihrer Stupidität das Verständniss abginge für ihre gedrückte Lage, die also ihr Elend stumm und willig trügen. Die (von einzelnen Männern der Wissenschaft anerkannte) geistig bedeutende Macht der unteren Klassen, in ihre Lage durch nichts so sehr hinabgedrängt, wie durch die Standesschule (im weitesten Sinne verstanden), trägt nicht die Schuld an der Unzufriedenheit jener Volksklasse, wohl aber öffnet sie den geistig Tieferstehenden unter den Leidensgefährten das Verständniss für ihr Elend.

Die Männer, welche bis heute noch durch höhere und höchste Schulbildung die Befähigung erlangten, Pfleger der Wissenschaften zu sein, Staat und Gemeinde zu verwalten und im gesellschaftlichen Leben die wichtigsten Dienste zu leisten, wurden zum allergrössten Theile nur aus dem engen Kreise der Wohlhabenden (die die höhere Schulbildung bezahlen konnten) genommen; ja, gewissen sehr einflussreichen Berufsarten, z. B. dem akademischen Lehramte, konnten sich in der Regel nur Leute mit einigem Kapitale zuwenden. Folge davon war, dass Geister untergeordneten Ranges zu hohen Ehrenstellen und einflussreichen Aemtern empor gelangten.

Es ist offenbar, dass ein Staat zu um so grösserer Blüte, ein Volk zu um so grösserem Wohlstande gelangt, je besser die wichtigsten öffentlichen Aemter verwaltet werden, dass aber diese Verwaltung um so vorzüglicher sein wird, je vorzüglicher die Männer sind, denen man sie zur Verwaltung anvertraut. Dass aber die

ausgezeichnetsten Kräfte der ganzen Nation gewonnen werden, ist ganz unmöglich, so lange man sie nur einem kleinen Kreise, vielleicht kaum einem Zehntel oder Zwanzigstel der ganzen Nation, entnimmt.

Das Staats- und Volkswohl, der Ruhm und die Zukunft des Vaterlandes fordern, dass die vorzüglichsten Geister des gesammten Volkes zu den höchsten und einflussreichsten Stellen zugelassen werden, und daher müssen auch dem Aermsten im Volke die höheren und höchsten Schulen offenstehen.

Ein Mann, der entschieden liberal ist und sein Vaterland wahrhaft liebt, muss also ohne Frage für Beseitigung der Standeschule, Einführung der allgemeinen Volksschule und für völliges Freigeben allen Unterrichts sein. Leider erscheint das vielen, die das Zeiträd drehen helfen, als ein Opfer; Opfer zu bringen, sind aber die meisten nicht bereit, die Liberalismus und Patriotismus auf fliegenden Fahnen tragen.

Vier Ordnungen der Volksschule.

(§ 18.)

Obwohl man sich im allgemeinen gegen eine Klassifikation der Volksschulen erklären muss, so dürfte doch eine solche in der Weise, wie sie in § 18 angestrebt wird, nicht nur unbedenklich, sondern sogar für die Hebung des Volksschulwesens sehr förderlich sein. Wer mit aufmerksamem Auge die in dem letzten Jahrzehnt fast mit übereilter Hast betriebene Errichtung höherer Lehranstalten seiten sehr vieler Städte beobachtet hat, der wird wahrgenommen haben, dass in vielen Fällen nicht sowohl die Sorge für die Bildung der Jugend, als vielmehr Eitelkeit und Grossmannssucht die Triebfedern bei solchen Gründungen waren. Denn wäre ein edleres Motiv bei jenen Gründern vorhanden gewesen, so würde man nicht überall die überraschende Wahrnehmung machen, dass gerade die eifrigen Schöpfer und Förderer der höheren Schulen die erklärten Gegner und Verächter des Volksschulwesens wären.

Die schwache Seite derer, die an sich für das Volksschulwesen nicht gern viel thun, muss benutzt werden, und das wird geschehen, wenn man gewisse Rangunterschiede in das Volksschulwesen bringt und derjenigen Form den ersten Rang beimisst, die die am meisten erstrebenswerthe ist.

Gliederung nach dem Geschlechte.

(§ 18b.)

Die Gefahren, welche aus dem gemeinsamen Besuche der Schule von Kindern beiderlei Geschlechts hergeleitet werden, sind in der That nicht so gross, wie sie von der Laienwelt gehalten werden, ja, sind zumeist nur eingebildete. Es ist vielmehr anerkannt, dass die auf den höheren Altersstufen der Volksschüler hervortretenden Fehler (Roheit der Knaben, Geschwätzigkeit und Klatschsucht der Mädchen) gerade in den gemischten Klassen am wenigsten zu Tage traten, wie sich auch da ein rühmlicher Wetteifer zwischen den Schülern beider Geschlechter bemerkbar macht.

Lehrgegenstände.

(§§ 4—7. 45—51.)

Vereinfachte Kalligraphie.

Stenographie passt nicht in die Volksschule. Aber wie die Homöopathie die Medikamente der Allopathie vereinfacht hat, so sollte die Stenographie die deutsche Kalligraphie vereinfachen helfen. Hierbei sind zwei Momente ins Auge zu fassen: der eigentliche Kern des Buchstabens, das Charakteristische im Zeichen, und die durch die Praxis hinzugekommene Abschleifung und Umgestaltung. Dadurch Annäherung an die lateinische Schrift.

Vereinfachte Orthographie.

Die jüngsten Leistungen auf diesem Gebiete haben gezeigt, dass mit halben Massregeln keinem Menschen gedient ist; entweder etwas Ganzes oder — nichts, nur nichts Halbes!

Das einzig richtige Prinzip lautet: Schreibe, wie du sprichst. Sprichst du aber nicht gut deutsch, dann lerne erst richtig sprechen und dann richtig schreiben.

Wo dialektische Verschiedenheiten existiren, wird ohne Zweifel bald die eine das Uebergewicht gewinnen. Es wird dadurch die in unserm gesteigerten Verkehr nothwendig werdende Abschleifung der Dialekte angebahnt und so ein einiges Hochdeutsch herbeigeführt werden.

Gegen die von den Gelehrten, aber auch fast nur von diesen, in Schutz genommene historische Schreibweise sprechen folgende Gründe:

1) Die rein fonetische Schreibweise kann jeder ohne grosse Mühe richtig lernen; die historische, unnatürliche, die verlangt, dass man anders schreibe, als man spricht, wird trotz vieler aufgewendeter Mühe doch nur von verhältnissmässig wenigen vollkommen erlernt. Was ist das aber für ein Glück, eine Rechtschreibung festzuhalten, die nur ein kleiner Bruchtheil des Volkes richtig schreiben lernt? Oder will man noch mehr Zeit auf die Qual der Rechtschreibeübungen verwenden, als jetzt schon damit vergeudet wird?

2) Humboldt bezeichnet einmal die grosse Einfachheit der englischen Sprache als den Grund, weshalb sie geeignet sei, Weltsprache zu werden.

Eine Nation, die Weltnation sein oder wenigstens werden will, wie die deutsche, muss eine leicht erlernbare Sprache, eine Weltsprache sprechen. Das ist aber die deutsche durchaus nicht. Wir würden sicher einen grossen Schritt nach jenem Ziele hin thun, wenn wir dem Ausländer die Schreibung und Lesung des Deutschen möglichst erleichterten, und das kann einzig dadurch geschehen, das wir das fonetische Prinzip strikte durchführen.

Geschichte, Deutschthum, Ethik.

Die Geschichte in der Volksschule zerfällt in Geschichten, die als Belegmittel im Moralunterrichte dienen, und in einen kurzen Abriss der Geschichte, der sich auf ein Minimum beschränkt. Kulturentwicklung bei den Egyptern, Indern, Griechen, Römern, Deutschen — ohne Einzelheiten. Eingehender: die Erbschaft des Römerthums und Christenthums, von den Deutschen übernommen und umgestaltet. Spätere Einflüsse, besonders die humanistischen Bestrebungen am Ende des Mittelalters. Jetzige Aufgabe im Gegensatz zur Zeitströmung.

Moral, Volkswirthschaftslehre, Gesetzeskunde.

Die Zeit hierfür ist leicht gewonnen, wenn der systematische Religionsunterricht fällt, der zeither während der ganzen Schulzeit, niedrig gerechnet, 1500 — 2000 Schulstunden in Anspruch nahm, — und mit welchem Erfolge!

Die verschiedenen Moralegebote lassen sich ganz leicht aus allgemeinen Geboten der Politik, der Gesundheitslehre u. s. w. begründen, z. B. das 5., 6. und 7. Dabei ist mehr Logik anzuwenden, als zeither.

Familientugend.

Hohe Bedeutung der Familie als Grundlage für eine gute Gemeinde, für einen gesunden Staat (wie das Findelhaus für den Militärstaat).

Fortbildungsschule.

(§ 20.)

Als Graf Moltke einmal das Militär als Bildungsfaktor über das Schulwesen stellte, da wurde der betreffende Ausspruch vielfach und mit Recht als unzutreffend angefochten. Sei es, dass der Genannte aus Vorliebe für den Stand, welchem er selbst angehört, gegen einen andern Stand ungerecht wurde, — sei es, dass er es für nöthig hielt, das Militär bei dem hohen Aufwande, welchen es veranlasst, auch als Bildungsfaktor gegenüber der so kärglich dotirten Schule (die nach so vielem Lobe 1866 und 70 auf den Einfall hätte kommen können, sich für ihre Dienste etwas besser, als zeither, bezahlen lassen zu wollen) hinzustellen:

Immerhin liegt neben dem Irrthum, den er ausspricht, ein Quentlein Wahrheit, nämlich diese: Diejenigen Kinder, welche in einem Alter von etwa 14 Jahren die Volksschule verlassen und in bäuerliche oder andere Dienste treten, Fabrikarbeiter werden u. s. w., vergessen in der Regel bald, was sie aus der Schule mitgebracht haben, weil ihnen alle Uebung und Wiederholung des Vielen oder Wenigen fehlt, was sie dort gewonnen haben. Dem Soldaten, dem Unteroffiziere gegenüber, der beim Militär an Schulbildung weiter nichts empfangen, als etwas Schreiben und Rechnen (?), stehen sie nach, weil ihr Bildungsfonds, wenn überhaupt noch vorhanden, in einen latenten Zustand gerathen ist, während der Soldat seine sehr bescheidene Bildung präsent hat. Dieses Wissen, verbunden mit einer gewissen Präzision im Handeln, die die soldatische Ordnung und Disziplin erzeugt haben, lässt den Soldaten geeigneter erscheinen, in gewisse Aemter und Anstellungen einzutreten, als andere Personen, die vielleicht in der Schule wirklich etwas Tüchtiges gelernt haben.

Von dem, was in der Schule gelernt wird, geht allzu viel verloren, ehe es zur Verwendung im praktischen Leben kommt.

Wenn die Fortbildungsschule nichts weiter bewirkte, als dass sie das Abhandenkommen des Gelernten verhütete, so hätte sie schon einen grossen Werth. Denn Gewonnenes zu erhalten, kostet weniger Mühe, als im besitzlosen Zustande Neues erst zu gewinnen.

Bei dem reiferen Verstande der Fortbildungsschüler kann aber leicht Neues hinzugefügt werden. Und es dürfte sich das empfehlen, weil beständige Wiederholung ermüdet, während der Reiz der Neuheit fesselt. Nur nehme man nicht zuviel Gegenstände neben einander; besser einen auf einmal und gründlich.

Auswahl der Lehrmittel.

(§ 62.)

Bei der Auswahl der Lehrmittel bekämpfen einander verschiedene Interessen. Es ist im Interesse der Kinder und ihrer Eltern, wenn sie — so oft sie Wohnort und Schule wechseln — überall für die Hand der Kinder dieselben Schulbücher eingeführt finden. Wäre dieser Grund der allein massgebende, so dürfte sich empfehlen, in jedem Fache bloss ein Buch für die Schüler des ganzen Landes einzuführen. Damit würde aber die gesammte schriftstellerische Industrie (*sit venia verbo!*) auf diesem Gebiete zum Erliegen kommen und selbstverständlich jede nur im Wettkampfe der Schriftsteller mögliche Verbesserung der Schulbücher so gut wie abgeschnitten sein. Denn wollte die Regierung auch von Zeit zu Zeit Verbesserungen vornehmen und zu diesem Behufe Konkurrenz ausschreiben, den Vortheil voller Freiheit würde dies doch nicht ersetzen, weil nicht eine fortdauernde, von hundert Händen ausgeübte Weiterentwicklung stattfände.

Aus diesem Grunde muss allererstens gestattet sein, dass den Privatschulen — die, wie bekannt, ja darum so wichtig sind, weil sie vor allem neuen Erfindungen und Entdeckungen auf dem Gebiete des Schulwesens Eingang verschaffen, da sie sich zum Experimentiren besser eignen, als öffentliche Schulen — und ebenso den in diesem Stücke ihnen ziemlich gleichzuachtenden Seminarübungsschulen freigelassen sei, ihre Schulbücher ganz beliebig, ohne Beeinflussung von Seiten der Behörden, zu wählen. Um aber in der

öffentlichen Volksschule dem Belieben nicht allzu grossen Spielraum zu lassen und namentlich nicht jedem Lehrer möglich zu machen, seine eigenen Produkte in die Schule einzuführen, deshalb bestimmt das Gesetz, dass mindestens für einen ganzen Kreis alle Schüler derselben Ordnung ein und dasselbe Lehrbuch benutzen sollen.

Eintritt in die Schule.

(§ 67.)

Viele Eltern können ihre Kinder nicht früh genug zur Schule schicken. Bei den einen geschieht dies in der ehrlichen Absicht, die Kinder geistig zu fördern, bei den anderen aus keinem andern Grunde, als, um die Kinder auf einige Zeit loszuwerden. Im wohlverstandenen Interesse der Kinder geschieht dies sicher nicht. Das zeigt die einfachste Beobachtung. Die Mehrzahl der Kinder verliert schon im ersten, noch mehr im zweiten Schuljahre ihren frischen Jugendmuth und ihre gesunde Farbe. Die körperliche Entwicklung leidet in der Schule und zwar am meisten in den frühesten Lebensjahren. Würden die Kinder im Hause hinreichend beschäftigt oder träte der Kindergarten dafür allenthalben und genügend ein, dann könnte ohne Bedenken festgesetzt werden: das Kind tritt erst mit vollendetem siebenten Lebensjahre in die Schule. — Ein Kind vor seinem sechsten Geburtstage zur Schule zu lassen, darf auf keinen Fall gestattet sein, auch als Ausnahme nicht.

Zu häufiger Wechsel der Lehrer.

(§ 75.)

Des Lehrers Hauptthätigkeit ist nicht in den Unterricht, sondern in die Erziehung — also in die Bildung des Willens, des Charakters, und in die Gewöhnung an eine geordnete, rege, gemeinnützige Thätigkeit — zu legen. Diesem Ziele entgegen wirkt ein Schulsystem, das so eingerichtet ist, dass sehr oft — vielleicht sogar jährlich — der Klassenlehrer wechselt, und das die verschiedenen Unterrichtsfächer einer Klasse in verschiedene Hände legt, das Fachlehrersystem. Dieses ist ebenso verwerflich, wie jener häufige Wechsel, und darum eines, wie das andere, zu vermeiden.

Zur Vertheidigung des alljährlichen Wechsels der Klassenlehrer macht man geltend, es würden die Kinder, wenn sie in grossen

Anstalten mehrere Jahre in den Händen eines ungeeigneten, insbesondere eines trägen Lehrers sich befänden, in ihrer Entwicklung bedeutend aufgehalten. — Das Bedenken ist aber weniger berechtigt, trägen, wie charakterlosen Lehrern gegenüber. Männer von Charakter sind aber weit entfernt, von einem Gepräge zu sein; Männer von sehr verschiedener Komplexion können also charakterbildend und demnach nützlich auf die Zöglinge einwirken. Charakterlos aber und daher schädlich sind allein die theilnahmlösen und schlaffen und die in sittlichen Verirrungen befangenen Lehrer. Vor solchen Männern muss sich eine Schulgemeinde vor ihrer Anstellung hüten (*principiis obsta!*); und wenn man eines Menschen Wesen auch nicht völlig durchschauen kann, so lässt sich doch viel Unheil vermeiden, wenn man recht auf seiner Hut ist. Gelingt es der Gemeinde, d. h. der Anstellungsbehörde, nicht, die rechte Wahl zu treffen, so kann dies nach Befinden auch die Unfähigkeit der Anstellungsbehörde dokumentiren.

Was die vermeintliche Nothwendigkeit des jährlichen Lehrerwechsels betrifft, so kann auch noch auf die kleineren Gemeinden hingewiesen werden, die sich einen solchen Luxus gar nicht verschaffen könnten, auch wenn er nützlich wäre.

Ueberbürdung der Kinder.

(§ 77.)

„Der Zögling soll zur Selbständigkeit erzogen werden“, kann auch heissen: Der Lehrer muss so erziehen, dass er sich dem Zöglinge entbehrlich macht. Mit den Selbstbeschäftigungen der Kinder wird der Weg der Selbständigkeit betreten.

Während in ärmeren Familien die von Seiten der Kinder der Schule geopfert Zeit vielfach als ein Verlust angesehen wird, verlangen besser situirte Familien sehr häufig, dass die Schule ihnen die Kinder während des Tages möglichst viel Stunden, während des Jahres möglichst viel Tage abnehme, und sind sehr unzufrieden über jeden freien Schulsachmittag, über jeden neu hinzutretenden Ferientag. Es ist dies nahe verwandt mit der bei Eltern aus höheren Vermögensklassen vielfach anzutreffenden Gesinnung, welche ihre Kinder wo möglich den ganzen Tag Hauslehrern, Gouvernanten und Dienstleuten überlassen, und ist entsprungen aus dem Gefühle der Last, welches ihnen die Kinder bereiten, und das in dem Zwei-

kindersystem der Franzosen nichts weiter, als seine am weitesten ausgeprägte unnatürliche Form angenommen hat.

Nur diejenige Schule, welche verächtlich genug über sich denkt, sich zu Bonnendiensten herzugeben, wird sich nicht weigern, jenen Forderungen zu entsprechen. Eine Schule, die ihre pädagogischen Grundsätze auf vernünftige politische und soziale, und anthropologische und psychologische Anschauungen und Gesetze gründet, wird Zumuthungen von der vorgedachten Art entschieden von sich weisen.

Ueber die Ueberbürdungen, welche da eintreten, wo das Fachlehrersystem existirt

Lehrerinnen.

(§ 86.)

Der seit Jahren herrschende Lehrermangel hat bei denen, welche für Beschaffung von Lehrkräften sorgen sollen und doch nicht Lust haben, das einzig wirksame Mittel, Aufbesserung der Lehrergehälte, anzuwenden, den ursprünglichen Widerwillen gegen die Einführung weiblicher Lehrkräfte in die öffentlichen Volksschulen vermindert oder beseitigt.

Je mehr dies aber bemerklich wird, desto klarer müssen die Gründe dargestellt werden, welche gegen eine zu häufige Verwendung von Lehrerinnen in der Volksschule sprechen. Hauptsächlich lassen sich folgende Gründe geltend machen:

1. Bei der Jugenderziehung durch Lehrerinnen treten alle die Mängel hervor, welche in der Familienerziehung da zum Vorschein kommen, wo einer Mutter das Erziehungsgeschäft allein obliegt, also insbesondere Mangel an Bildung des Charakters. Dazu treten
2. die Mängel, welche man an allen unverheirateten Personen mit Recht rügt, vor allem der Mangel an denjenigen Erfahrungen, wie sie nur Eltern haben können. Damit vereinigen sich
3. die Nachtheile, welche bei unverheirateten Damen oft schon vor dem 30. Lebensjahre zum Vorschein kommen, namentlich ein verbissener, launenhafter Charakter, der nirgends so schädlich wirkt, wie in der Schule, weil er den bei der Jugenderziehung unbedingt erforderlichen frohen Sinn zerstört und Strenge und Härte bei Handhabung der Schulzucht mit sich führt.

Zu dem 1. Punkte noch Folgendes:

Es ist bekannt, wie einseitig und mangelhaft eine Erziehung

ausfällt, wenn sie von dem Vater oder der Mutter allein ausgeübt wird. Namentlich treten die Nachtheile der Erziehung durch Weiber überall als Schäden an der Charakterbildung hervor. Bekannt und ein redendes Beispiel ist, wie er selbst eingesteht, das „Weiber- und Mutterkind“ Pestalozzi, der trotz der Erziehung durch die trefflichsten Frauen doch sein Leben lang nicht zu der Festigkeit eines wirklich männlichen Charakters gelangte.

Bei uns in Deutschland liegt ein sehr grosser Theil der Kindererziehung in den Händen der Mütter. Wäre es nicht so, hätten die Eltern vielmehr soviel Zeit, dass das Kind seine schulfreien Stunden unter Aufsicht beider Eltern verbringen könnte, wäre der Vater wenigstens im Stande, den grösseren Kindern einen Theil jedes Tages zu widmen, so würden manche von dem Bedenken gegen Verwendung weiblicher Lehrkräfte noch nicht so schwer in die Wagschale fallen.

Die Thätigkeit der Deutschen, zu einem guten Theile aus der natürlichen Armuth unsers Vaterlandes hervorgegangen, ist aber so gross, dass es den allermeisten Vätern gar nicht möglich ist, der Kindererziehung die nöthige Aufmerksamkeit, ja überhaupt nur einige Beachtung zu schenken. Ein grosser Theil der Kindererziehung bleibt also ungeleistet, während der übrige fast ausschliesslich in den Händen der Mütter liegt. Träte hier die Schule nicht ergänzend ein, so hätten wir eine Weibererziehung in pessima forma. Durch die Einführung der Lehrerinnen werden die Gebrechen der Weibererziehung chronisch gemacht.

Bis jetzt waren es fast nur die Völker romanischen Stammes, welche Lehrerinnen hatten; nach ihnen (namentlich in Nachahmung der Franzosen) die trotz aller Vorzüge doch weichlich und weibisch zu nennenden Schweden.

Erst in allerneuester Zeit fängt man auch in Deutschland an, die bei den Freunden einer charaktervollen Volkserziehung ernste Bedenken erregenden Lehrerinnen zu importiren. Will sich die germanische Rasse, will sich der Deutsche auf friedlichem Wege die Weltherrschaft erwerben, so muss er seine Kinder zu Charakteren heranziehen. Dass dies aber nicht zu Stande kommt, wenn man erst bei 20jährigen Jünglingen und zwar mit Hilfe des Korporalstocks anfängt, sondern allein durch Männer in der Schule, das ist unschwer einzusehen.

Weiber in der Schule sind das beste Mittel, um das nachwach-

sende Geschlecht zu degeneriren. Wer sich dieses Schadens voll bewusst ist und der Verweibung des Schulwesens gleichwohl das Wort redet, der verräth damit einen sträflichen Uebermuth, weil er nicht bedenkt, dass bei mangelnder Wachsamkeit die Weltstellung Deutschlands, wie sie schnell gewonnen, ebenso schnell zerronnen sein kann.

Die Rechte der Eltern auf die Kinder in Konkurrenz mit den Rechten des Staats.

(§ 103.)

In dem Streite, ob Staats- oder Gemeindeschule, hat man sich vielfach gewöhnt, die letztere als im Prinzip der Freiheit günstiger zu betrachten, als die erstere, vielleicht, weil man erfahrungsgemäss in dem, was in den letzten Jahrzehnten von den Staatsregierungen ausging, in der Regel wenig Freiheitliches, wohl aber viel Freiheitfeindliches erkannte und den Hort der Freiheit in den Gemeinden, jenen kleinen Vereinigungen, suchte, die, an sich wenig bevormundet, auch in ihrem weit geringeren Umfange eine grössere Gewähr für das Zurgeltungkommen der Individualität bergen. Freilich ist dieses Theorem nichts weiter, als ein solches, und nur zu oft in grellem Kontraste zur Wirklichkeit. Die Gemeinde ist deshalb nicht ausnahmslos der Hort der Freiheit, 1. weil es in dem kleineren Kreise nicht selten an den nöthigen Intelligenzen fehlt, und 2. weil bei dem geringen Umfange der herrschsüchtige Sinn einzelner in der Regel auf wenig Widerstand stösst.

Was nun speziell die Schule anlangt, so mag es im allgemeinen und zwar aus den oben angegebenen Gründen richtig sein, dass die Gemeindeschule dem natürlichen Rechte der Eltern auf ihre Kinder besser entspricht, als die Staatsschule. Doch nicht in jeder Beziehung. Dazu kommt, dass das Staatsinteresse doch auch ein Wort mit hineinzureden hat. Gälte es bloss, dem Interesse der Eltern für die Entwicklung der Schule kein Hemmniss zu bereiten, so könnte der Staat sich um die Schule ebenso unbekümmert lassen, als beispielsweise um die Kirche. Das Staatsinteresse erhebt aber mannigfache Ansprüche an die Leistungen der Staatsbürger; aus diesem Grunde kann es einer Staatsregierung durchaus nicht gleichgiltig sein, ob bei den Eltern des nachwachsenden Geschlechts Interesse an dem Gedeihen der Schule überhaupt vorhanden ist, und

ob dieses Interesse auch das rechte. Das Staatswohl erheischt, dass die Regierung 1. ein gewisses Minimum der Forderungen an die Schule stelle, 2. Verirrungen auf diesem Gebiete (auch zuviel des Guten!) verhindere, 3. gewisse zum Gedeihen des Schulwesens erforderliche Vorkehrungen treffe, die auf dem Wege der Privatindustrie nicht in wünschenswerther Weise ihre Erledigung finden (zum Beispiel Lehrerbildung), 4. fern von allem Schematismus doch eine gewisse Einheitlichkeit in das Schulwesen bringe, 5. die Oberaufsicht über dasselbe führe, und 6. unvermögenden Gemeinden Unterstützung leiste.

Eigenthumsrecht an der Schule.

(§§ 113 ff., auch 103.)

Wie öffentliche Verkehrsmittel, öffentliche Plätze, Promenaden, Brunnen, Denkmäler etc. aus dem Besitze einzelner oder Korporationen heraustreten und der Allgemeinheit zur Benutzung anheimfallen, so auch die Schulen.

Der Zweck erfordert allgemeine Benutzung.

Auch die Unterhaltung muss möglichst allgemein sein, doch so, dass die dabei zunächst beteiligten Kreise ein erhöhtes Interesse daran behalten, — also Gemeindeschule.

(§§ 114. 115.)

Die zeither nur von den grösseren Gemeinden genossenen Vortheile, welche aus der gemeinschaftlichen Verwaltung mehrerer Schulen entsprangen, sollen durch dieses Gesetz allen Gemeinden zugewendet werden. Zu diesem Behufe erfolgt durch das ganze Land eine Zusammenlegung aller Gemeinden zu grösseren Schulbezirken.

Zu jenen Vortheilen gehört z. B. die leichtere Beseitigung des Lehrermangels; — Stellvertretung leichter möglich; Avancement durch verschiedene Stellen eines Bezirkes wird Lehrer heranziehen, während die ganz kleinen Schulgemeinden zeither oft nur auf die kümmerlichste Weise das Dasein ihrer Schulen zu fristen vermochten.

(§ 116.)

14 Stellen — Analogie aus dem vorigen Parapraphen.

(§ 129.)

Bloss die Gründe, welche für die Gesetzgeber sind, gehören in die Motive; die aber das Volk bestimmen sollen, so oder so zu denken und zu handeln, müssen im Gesetze selbst stehen.

Register.

(Die Zahlen ohne weitere Bezeichnung bedeuten die §§ im Schulgesetzentwurfe, die mit S. bezeichneten die Seiten in den Motiven.)

- Abgang des Lehrers 85.
Abstufung der Gehalte 93.
Abstufung des Unterrichtsstoffs in der 7klass. Schule 45—51.
Aesthetische Bildung 7. 51. 54.
Allgemeine Volksschule 17. S. 69.
Altersklassen, Gliederung nach diesen 18. S. 68.
Alterszulagen 93.
Amtsschulräthe 139—144.
Amtswohnung 95.
Anschauungsunterricht 45—47. 54. 61.
Anstellung des Lehrers 85. 131.
Arbeitsbücher 71.
Archiv 63. 137.
Arme Kinder, Lehrmittel für dieselben 61. 123.
Armenschulen 17.
Aufbesserungen der Gehälter 94.
Aufgabe der Schule 1—9. S. 66.
Aufgabeder höheren Lehranstalten 25.
Aufnahme in die Schule 65. 66. 136. S. 76.
Aufnahme in die höheren Schulen 13. 27.
Aufnahmeliste 65. 66.
Aufrücken in bessere Gehälter 93. 132.
Aufsätze 48—51. 54.
Aufsicht bei Schularbeiten 77. 87.
„ in den Pausen 72.
Aufsicht vor und nach dem Unterrichte 87.
Aussetzen des Unterrichts 73.
Auswahl der Lehrmittel 62. S. 75.
Bänke, s. Schulgeräthschaften.
Befreiung von einem Theile des Unterrichts 82.
Begrenzung des Unterrichtsstoffs und Vertheilung desselben auf die einzelnen Schuljahre und Stunden 42—56.
Besserungsschulen 112.
Besuch des Unterrichts 106.
Betragen ausser der Schule 78. 79.
Bezirk 115. 116. 120—138. S. 81.
Bezirksschulen 112.
Bezirksschulordnung 124. 129.
Bezirksschulvorstand 65. 73. 104. 116. 123 ff.
Bildung des Lehrers 84.
Bildungsanstalten der höheren Stufe 25—41.
Bildungsanstalten der niederen Stufe 12—24.
Blindenschule 22. 66. 112. 142.
Bürgerschulen 17.
Charakterbildung des Schülers 6. 75. 78. S. 79.

Chemie 51. 54. 61.

Chronik 64.

Dauer der Lektionen 43. 53. 72.

Dauer des Schuljahres 65 66.

„ der Schulzeit 67.

Deputationen des Schulvorstands 127.

Differenzen zwischen Eltern und Lehrern 134. 144.

Dispensation von einem Theile des Unterrichts 82.

Disziplin s. Schulzucht

Disziplinarverfahren 134. 144. 151. 6.

Eintheilung der Schule im allgemeinen u. der Volksschule im besonderen 10—41.

Eintritt in die niederen u. höheren Schulen 13. 27. 65.

Eltern, Besuch der Prüfungen 71. 106.

„ „ des Schulunterrichts 71. 106.

Eltern, Mitwirkung bei der Schulzucht 78. 79.

Eltern, Stellung derselben zur Schule 103—108. 112. 113. S. 80.

Elternkonferenzen 107. 112.

Entlassung aus der Schule 67.

Entschuldigung der Schulversäumnisse 82.

Erntearbeiten, Verlegung der Schulstunden 16.

Erwerbsfähigkeit, künftige, des Schülers 5.

Erziehung s. Schulzucht.

Erziehungsdirektor 117. 139—144. 156.

Examen 71. 106. 111. 136.

Fachlehrer S. 76.

Fachschulen 33—40. 112.

Fachunterricht 75.

Fenster 58.

Ferien 73.

Fortbildungsschule 20. 21. S. 74.

Freier Unterricht 71.

Fremdsprachlicher Unterricht 8. 50. 51. 54.

Garten 59.

Gartenarbeiten 59.

Gliederung der Schulen 18. S. 71.

Gebrechen, geistige od. körperliche 66.

Gedankenausdruck, mündlicher und schriftlicher 48—51. 54.

Gehalt der Lehrer 93.

Gehälter, Feststellung derselben 94.

Gehaltserhöhungen 94.

Gehaltsskala 93.

Gehorsam der Kinder 79.

Gemeindeschule S. 80. 81.

Gemeindeschulen 112.

Gemüthsbildung 7.

Geographie 50. 54. 61.

Geometrie 50. 51. 54.

Gesang 47—50. 54. 61.

Geschichte 51. 54. S. 73.

Geschlechtsklassen, Gliederung nach diesen 18. S. 72.

Gesetzeskunde 51. 54. S. 73.

Gesundheitslehre 49. 54.

Gesundheitspflege 4. 57.

Gewerbskunde 48. 54.

Grundlagen des Schulgesetzes S. 63.

Gymnasien 25. 30. 31. 112.

Hauptbuch 64.

Hausaufgaben 77. S. 77.

Hauslehrer 17. 109. 110.

Hausschulen 109. 111.

Heimatskunde 47. 48. 54.

Heisse Tage 73

Heizung 58.

Hilfsmittel 57—62.

Höhere Bildung, privatim erlangt 28.

Höhere und Fachbildung 9.

Höhere Lehranstalten für die weibliche Jugend 26.

Höhere Schulen, Eintritt in dieselben 13. 27.

Individualität des Lehrers 74.

Innere Schulverwaltung. A. Sachlich. 63—83.

Innere Schulverwaltung. B. Persönlich 84—91.

Kalligraphie 46—49. 54. S. 72.
 Kindergärten 12. 45. 86.
 Kindergärtnerinnen 86.
 Kirchliche Verrichtungen des Lehrers 73. 89.
 Klassen s. Alters- und Geschlechtsklassen.
 Klassen, Umfang derselben 70.
 Klassenzahl der höheren Schulen 27.
 Klassenzimmer 58. 60.
 Konferenz 152. 154—156.
 Konferenzen der Eltern 107. 112.
 Körperentwicklung des Schülers 4.
 Körperliche Beschäftigungen 45—47. 54.
 Körperliche Züchtigung 81, 5.
 Korridore 57.
 Kreiskonferenz 156.
 Kreisschulamt 117. 139—144. 156.
 Kündigung des Lehrers 85.
 Landespensionskasse 100. 101.
 Landeslehrersynode 157. 158.
 Lehramtskandidaten 110.
 Lehramtsprüfung 84.
 Lehrer, Anstellung derselben 85.
 Lehrer, Pflichten derselben 84.
 Lehrer, ihr Verhältniss zu den Schülern 75.
 Lehrer, Stellung derselben 92.
 Lehrerbestätigungsrecht 108. 137.
 Lehrer Gehalt 93.
 Lehrerinnen 86. S. 78.
 Lehrerkollegium, Beschlüsse derselben 90.
 Lehrerkollegium, Wahl des Oberlehrers 90.
 Lehrmittel 61—62.
 Lehrplan 44. 63.
 Lehrplan der Privatschulen 111.
 Lehrerprobe 132.
 Lehrersynode 157. 158.
 Lehrervereine 152. 159.
 Lehrerversammlungen 160.
 Lehrmittel 61. 62. S. 75.
 Lehrstoff, Auswahl desselben 76.
 Lektionen, Dauer derselben 43. 53.

Lektionsplan 63.
 Lesen 46—50. 54. 61.
 Literatur, deutsche 50. 51. 54.
 Lokalitäten 57—59.
 Minimalgehalt 93.
 Minimum u. Maximum der Bildung 14. S. 67.
 Ministerium für das Schulwesen 119. 150. 151. S. 65.
 Mittelklassen 46—48.
 Methode 76.
 Motive S. 63. 81.
 Musteralphabet d. deutschen Schrift 47.
 Nachmittagsunterricht an heissen Tagen 73.
 Naturbeschreibung 49. 54. 61.
 Nebenbeschäftigungen des Lehrers 89.
 Neubauten 128. 144.
 Oberklassen 49—51.
 Oberlehrer 68. 90. 155.
 „ Stellung zum Schulbezirke 116.
 Oberlehrer, Theilnahme an den Elternkonferenzen 107.
 Oeffentliche Schulen 109. 112.
 Ordnungen der Volksschule 18. 69. S. 71.
 Organisation des Schulwesens 121.
 Orthographie 47. 48. 54. S. 72.
 Parallelklassen 69.
 Pausen 44. 53. 57. 72.
 Pensionirung 99—101. 151, 3.
 Pfleger, Stellvertreter der Eltern 103.
 Pflichten der Lehrer 84.
 Pflichtenlehre 6. 46—50. 54.
 Pflichtstunden des Lehrers 87.
 Pflichtvergessenheit eines Lehrers 90. 91.
 Physik 50. 54. 61.
 Plan des Schulgesetzes S. 64.
 Politische Gemeinde, Stellung zur Schulgemeinde 114.
 Privatim erlangte höhere Bildung 28.

- Privatlehrer 65.
 Privatschulen 17. 62. 65. 110. 112.
 Privatschulen, Lehrbücher derselben 62.
 Provinzialschulkollegium 118. 145—149.
 Provinzialschulräthe 145—149.
 Prüfungen der Lehrer 84.
 Raum für ein Kind 58.
 Realgymnasien 30. 32. 112.
 „ ihr Zweck 25.
 Realschulen 29. 112.
 „ ihr Zweck 25.
 Rechnen 45—51. 54.
 Rechte der Lehrer 92. 102.
 Rechtschreibung 47. 48. 54. S. 72.
 Reifezeugniss der höheren Schulen 28.
 Religiöse Bildung 7.
 Religionsunterricht 8. 51. 54.
 Revisionen 63. 141.
 Ruhegehalt 99—101.
 Sammlungen 61.
 Schönschreiben 46—49. 54. S. 72.
 Schreiben 46—49. 54. S. 72.
 Schularbeiten durch die Eltern zu überwachen 104.
 Schulaufsicht 90. 123, 5. 133—135. 142. 149.
 Schulbezirk 115. 116. 120—138. S. 81.
 Schulbezirk, Oberlehrer 90.
 Schulbibliothek 61.
 Schulchronik 64.
 Schuldienet, Mahnung durch denselben 83.
 Schuldienetwohnung 57.
 Schuldienst 87.
 Schule, Aufgabe derselben summarisch 1. 2.
 Schule, niedere u. höhere, allgemeine u. besondere Aufgabe 3.
 Schule, Einzelaufgaben, fakultative 8. 9.
 Schule, Einzelaufgaben, obligatorische 4—7.
 Schule für viersinnige u. schwachbegabte Kinder 22—24. 66. 112. 142.
 Schulen, Umfang derselben 69.
 Schülerzahl 70.
 Schulgeldfreiheit S. 71.
 Schulgemeinde 65. 85. 113—116. 120 ff. 138. S. 81.
 Schulgeräthschaften 60.
 Schulhaus 57. 58.
 Schuljahr, Dauer desselben 65.
 Schulkreis 117.
 Schulordnung 124. 129.
 Schulpflichtiges Alter 13. 63.
 Schulpflichtigkeit 65. 66.
 Schulplan 63.
 Schulprüfungen 71. 106. 111. 136.
 Schulräthe 139—149.
 Schulregiment 139—151.
 Schulstempel 68.
 Schulsteuer 129. 130.
 Schultische 60.
 Schulunterhaltungspflicht 128—130.
 Schulunterricht 74.
 Schulvermögen 122. 123, 3.
 Schulversäumnisse 82. 83. 105. 135.
 Schulverwaltung, äussere, im allgemeinen 109—119.
 Schulverwaltung, äussere, im besonderen 120—138.
 Schulverwaltung, innere, persönlich 84—91.
 Schulverwaltung, innere, sachlich 63—83.
 Schulvorstand 116. 123 ff. 155.
 Schulvorstand, Bestimmung der Oberlehrerstellen 90.
 Schulzeit, Dauer derselben 67.
 Schulzeit, Verlegung od. Verkürzung derselben 16.
 Schulzeugnisse 68.
 Schulzimmer 58. 60.
 Schulzucht 78—81.
 Schulzwang 15.
 Schwach- u. Blödsinnige, Schule für dieselben 24. 66. 112. 142.
 Schwachbegabte Kinder 66.
 Selbstbeschäftigung 77

- Seminare, Lehrbücher derselben 62.
 Sittenlehre, systematisch 50. 54. S. 73.
 Sittliche Bildung des Schülers 6. 75.
 Spielplatz 59. 72.
 Sprechübungen 45. 54.
 Staatsdienergesetz auf Lehrer anzuwenden 91.
 Staat, Rechte an der Schule 103. S. 80.
 Staatsschule S. 80.
 Staatsschulen 112.
 Ständige Anstellung des Lehrers 85.
 Ständige Lehrer 131.
 Stellung der Eltern zur Schule 103—108. 112. 113. S. 80.
 Stellung der Lehrer 92.
 Stellvertreter der Eltern 103.
 Stellvertretung 88. 131.
 Stellvertretung, Bezahlung dafür 96.
 Stenographie S. 72.
 Stillehre 48—51. 54.
 Strafbestimmungen 91.
 Strafen 81.
 Strafen für säumige Eltern 105.
 Stundenzahl 19. 87.
 Stundenzahl des Oberlehrers 90.
 Subsellien 60.
 Synode 152.
 Tabellen 63. 137.
 Tagebücher der Kinder 71.
 Taubstumme Kinder 66.
 Taubstummenschule 23. 66. 112. 142.
 Technische Arbeiten 45—47. 54.
 Titel S. 65.
 Treppen 57.
 Turnen 47—51. 54. 59. 61.
 Ueberbürdung der Kinder S. 77.
 Umfang der Klassen 70.
 Umfang der Schulen 69.
 Umzugsgeld 95.
 Universität 41. 112.
 Unständige Lehrer 131.
 Unterhaltungspflicht 128—130.
 Unterklasse 45.
 Unterricht 74.
 Unterricht, Besuch durch die Eltern 106.
 Unterrichtsstoff, Begrenzung u. Vertheilung desselben 42—56.
 Unterrichtsstunden des Lehrers 87.
 Unterrichtsstunden, Vertheilung derselben 52.
 Unterrichtszeit 43. 53. 72.
 Unterrichtszentrum der Klasse 42. S. 72.
 Urlaub 97.
 Utensilien 60—62.
 Vakanzen 88.
 Vakanz, Bezahlung dafür 96.
 Vaterlandskunde 48. 54.
 Ventilation 58.
 Vereinigungen, freie 152.
 „ offizielle 152. 153.
 Verfassungskunde 51. 54.
 Verfügungen s. Verordnungen.
 Verhalten der Kinder ausser der Schule 78. 79.
 Verkürzung der Schulzeit 16.
 Verordnungen des Ministeriums 148. 151. 158.
 Versäumnisse s. Schulversäumnisse.
 Versäumnisstabelle 63.
 Vertheilung des Unterrichtsmaterials nach Lektionen 54.
 Vertheilung d. Unterrichtsstunden 52.
 Volksschulbezirk 120 ff.
 Volksschule 13—19.
 Volksschule, Begrenzung u. Vertheilung des Unterrichtsstoffs 42—55.
 Volkswirtschaftslehre 50. 54. S. 73.
 Waffenübungen 51. 54. 61.
 Wahl der Amtsschulräthe 139.
 „ „ Provinzialschulräthe 146.
 „ „ Oberlehrer 90.
 Wahlrecht zum Schulvorstande 108. 125. 126.
 Waisengehalt 102.
 Wartegeld 98.
 Wechsel des Lehrers 75. S. 76.
 Weibliche Handarbeit 8. 49—51. 54.

Wesen der Schule 1—9. S. 66.
 Widersetzlichkeit eines Lehrers 90.
 Wiederholungsprüfung 84. 85.
 Witwengehalt 102.
 Wochenbuch 63.
 Wohnung des Lehrers 57.
 Wohnungsgeld 95.
 Zahl der Lehrstunden in höheren
 Anstalten 27.

Zeichnen 49—51. 54. 61.
 Zeichnungen 71.
 Zensurtabelle 63.
 Zensuren 71.
 Zeugnisse 68. 71.
 Ziele, verschiedene, der Volksschule 17.
 Zurücksetzung der Schüler 81, 4.
 Zusammensetzung des Schulvorstandes
 125—127.

Früher erschienen:

J. A. COMENIUS, GROSSE UNTERRICHTSLEHRE.

Uebersetzt und mit Einleitungen und Erläuterungen versehen von **Julius Beeger** und **Franz Zoubek**. Dritte Auflage. Leipzig, Siegismund & Volkening. 1876. 28 Bogen. 3¹/₂ Mark.

J. A. COMENIUS, AUSGEWÄHLTE SCHRIFTEN.

(Informatorium, Abriss der Volksschule, pansophische Vorbereitungsschriften und Schulschriften, Ausgang aus den scholastischen Irrgärten, Welterweckung.) Uebersetzt und mit Einleitung und Anmerkungen versehen von **Julius Beeger** und **Dr. Joh. Leutbecher**. Leipzig, Siegismund & Volkening. 1874. 24 Bogen. 3 Mark.

MOTIVIRTES GUTACHTEN über das Gesetz vom 26. Mai

1868, die Emeritirung ständiger Lehrer an den Volksschulen im Königreich Sachsen betreffend. Zugleich eine Entwicklung der Hauptforderungen, welche an die Lehrerpensionsgesetzgebung im allgemeinen zu stellen sind. Im Auftrage der Leipziger Lehrerschaft abgefasst von **Julius Beeger**. Leipzig, Julius Klinkhardt. 1868. 4¹/₂ Bogen und 1 Tabelle. 60 Pfennige.

DIE LEHRERBESOLDUNGEN IN SACHSEN. Eine

Denkschrift. Im Auftrage des Leipziger Lehrervereins und unter Mitwirkung einer Kommission ausgearbeitet von **Julius Beeger**. Zweite Auflage. Leipzig, 1874. Verlag des Lehrervereins. 4¹/₄ Bogen. 80 Pfennige.

DIE DISZIPLINARGEWALT DER SCHULE. Vortrag,

gehalten auf dem 1. deutschen Lehrertage zu Erfurt am 6. Juni 1876 von **Julius Beeger**. Leipzig, J. G. Findel. 1876. 1 Bogen. 30 Pfennige.

Beeger, Julius,

Entwurf eines Schulgesetzes für das Königreich Preussen Gekrönte
Preisschrift

Leipzig 1877

Paed.th. 370

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11360358-2